Einzelnummer 40 Pfg.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Saalkreis

für die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga, Zeitz-Weißenfels-Naumburg, Eisleben und die Mansfelder Kreise.

Nummer 280

Bezugspreis: Monatlich 6.– Mk. und 1,– Mk. Bestellgebühr: durch die Ausgabestellen 6,50 Mk. mit Abholegebühr. Durch die Post zugestellt monatlich 7.– Mk.; im Vierteljahr 21.– Mk.

5. Jahrgang.

Anzeigenpreis: Das Millimeter im achtgespaltenen Anzeigenteil kostet 70 Pfg.; Reklame im dreigespaltenen Textteile 3.– Mk. Schluß der Anzeigenannahme für die nächste Nr. morgens 9 Uhr.

Erscheint jeden Werktag: Sonnabends mit der illustr. Beilage „Volk und Zeit" sowie wöchentlich abwechselnd: „Die Frauenwelt" u. „Für die arbeit. Jugend".

Redaktion in Halle: Gr. Brauhausstr. 17 Eisleben: Bahnhofstr. 22. Fernruf-Nr.: in Halle: 6802. Eisleben: 302. Sprechz. i. Halle: v. 11–12, i. Eisleben: n. 4–6 Uhr

Halle, Mittwoch, den 30. November 1921.

Verlag u. Geschäftsstellen: in Halle: Gr. Ulrichstraße 27 in Eisleben: Bahnhofstraße 22 Fernruf: Halle: 5407. Eisleben: 302. Postscheckkonto 11092 Erfurt.

Naturallöhne in der Industrie.

Ein Warenaustauschproblem zwischen Industrie und Landwirtschaft.

Von W. Hesse, Halle.

Die zunehmenden Schwierigkeiten in der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu erträglichen Preisen reizt die Volkswirte, neue Wege zu suchen, um dieses schwierige Versorgungsproblem zu lösen.

Für die Industrie handelt es sich in der Hauptsache um die Versorgung der Arbeiter mit landwirtschaftlichen Produkten. Heute freilich ist es viel zu spät, von der diesjährigen Ernte noch viel zu erfassen. Das Ausland mit seinen Valutagewinnen für den deutschen Handel, hat schon zuviel aufgesaugt. England wehrt sich bereits gegen die Kartoffeleinfuhr, weil seine Läger mit deutschen Kartoffeln überfüllt sind und täglich werden weit über tausend Fässer deutscher Butter ins Ausland transportiert.

Anderseits leidet die Landwirtschaft unter den Folgen der Ausfuhr an Stickstoff und Kali, ja Sachverständige befürchten, daß im kommenden Jahre Schwierigkeiten in der Versorgung der deutschen Landwirtschaft mit Düngemitteln eintreten. Die Profitwirtschaft auf beiden Seiten, mit ihren unglaublichen Gewinnen für Wenige und fürchterliche Folgen für die gesamte Bevölkerung, treibt grauenvollen Zuständen zu, die — und das ist das Schlimmste, von einsichtigen Leuten auf beiden Seiten schon erkannt werden, aber trotzdem will man so lange es noch möglich ist, mit profitieren.

Um eine Katastrophe zu verhüten und sich wenigstens gegenseitig noch zu versorgen, will jetzt die Industrie und Landwirtschaft Teile des Restes der diesjährigen Ernte, und der Industrieprodukte sich gegenseitig auf dem Wege des Austauschverfahrens zuführen.

Der Anfang soll in Mitteldeutschland gemacht werden. Zu diesem Zwecke hatte der Landbund die beteiligten Kreise am 28. November zu einer Sitzung nach Halle geladen.

Beteiligt waren Vertreter der Stickstoff-, Kali- und Braunkohlengebiete einerseits, der Landbund anderseits. Aber auch die Gewerkschaftsvertreter waren geladen, um Stellung zu nehmen zu dem so schnell als möglich durchzuführenden Plane. Die Durchführung ist etwa folgendermaßen gedacht: Stickstoff, Kohle und Kali sollen in bestimmten Mengen dem Landbund offertenmäßig angeboten werden und man hofft, daß auf dieses Produktenangebot die Landwirtschaft mit gleichwertigem Angebot von Kartoffeln, Getreide und Hülsenfrüchten reagiert.

Der Geldverkehr wird ausgeschaltet, damit will man auch der Papier-Inflation steuern.

Von einer Zentralstelle soll, ein den Valutaschwankungen nicht unterworfener gegenseitig konstant bleibender „Gleichungspreis" festgelegt werden.

Die Landwirtschaft will sich also für ihren Betrieb notwendige Produkte sichern. Die Industrie will die in Zahlung genommenen Lebensmittel den Arbeitern und Angestellten als Naturallohn in Zahlung geben. Dazu macht der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Bergwerksdirektor Leopold den Vorschlag: man müsse die Soziallöhne, (Hausstands- und Kindergeld) nicht in bar, sondern in Naturalien abgeben. Diese Regelung müsse aber tarifmäßig erfolgen. Damit würden auch die lästigen Lohnverhandlungen eingeschränkt, da die Lebensmittelpreisbewegung der Hauptgrund der Lohnbewegungen sei; dieser Grund aber beseitigt wäre, wenn ein Teil des Lohnes in Naturalien bezahlt würde. Im übrigen könne er es der Landwirtschaft nicht verdenken, wenn sie einen Teil ihrer Produkte zurückhielt, sie habe nur einmal Einnahmen im Jahre und müsse auf künftige Ausgaben bedacht sein, um nicht von Haus und Hof zu müssen.

Von den Vertretern des A. D. G. B. wurde geltend gemacht, daß es sich bei diesem Abschlusse um ein glattes Kaufgeschäft zwischen Industrie und Landwirtschaft handele, wobei den Gewerkschaften jedes rechtswirksame Eingreifen unmöglich sei. Dies sei nur auf dem Tarifwege möglich; hierbei würden sich in der Preisfestsetzung für Naturalien aber unüberwindliche Hindernisse ergeben.

Auch die Mitwirkung der Betriebsräte sei außerordentlich beschränkt, aber aus gewissen Gründen auch gar nicht gewünscht.

Auch sei gar nicht zu übersehen, welche Produktenmengen gegenwärtig zur Verfügung ständen. Durch ihr Angebot gebe die Landwirtschaft das Vorhandensein noch größerer Bestände zu, sie solle diese einfach auf den Markt bringen. Dieser Einwand wurde seitens der Landwirtschaft mit dem Hinweise widerlegt, daß wohl noch Vorräte da seien, aber mit Zwangsmitteln sei gar nichts zu erreichen.

Die Arbeitervertreter wiesen weiter darauf hin, daß bei der Durchführung dieses Planes, nur die in den beteiligten Austauschindustrien beschäftigten Arbeiter und Angestellten in den Genuß der Lebensmittel kämen, große Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenkreise aber ausgeschaltet würden.

Die Industrievertreter widerlegten diese Ansicht mit dem Bemerken, daß indirekt auch Außenstehende Vorteile insofern hätten, als die großen Aufkäufer — die Industrie — als Käufer vom Markte verschwände. Und übrigens das Produktenaustauschverfahren auch eine Stabilität der Preise nach sich ziehe.

Soweit die gepflogenen Verhandlungen. Es läßt sich heute noch nicht übersehen, ob der Plan gelingt; ob Industrie- und Landwirtschafts-Organisationen ihre Mitglieder hinter sich haben werden. Man weiß auch nicht ob und wieviel Produkte gegenseitig angeboten werden. Man kann aber auch ohne weiteres nicht die Folgen übersehen, die sich bei der Verwirklichung für die Arbeiter ergeben. Eine bezirkliche Regelung wird kaum durchführbar sein; eine Lösung für das ganze Reich aber politischen Widerständen begegnen. Vorausgesetzt aber, beide Teile, Industrie und Landwirtschaft haben in ihren Leitungen den ehrlichen Willen etwas zu tun, so haben sie schon jetzt Gelegenheit im Ueberfluß, diesen guten Willen zu bekunden.

Es wird nötig sein, daß zu diesen hier aufgeworfenen Fragen nicht nur die mitteldeutsche, sondern die ganze deutsche Arbeiter- und Angestelltenschaft Stellung nimmt. Die Stellungnahme der Gewerkschaften ist gewünscht, man darf ihr nicht aus dem Wege gehen. Wir sind zur Mitarbeit gerufen, schön, wir wollen kein Mittel unversucht lassen, das Elend zu lindern, wir wollen mitarbeiten.

Geht es nicht auf diesem Wege, dann auf einem anderen. Aber dann Vertrauen gegen Vertrauen.

Mitte Dezember werden die Verhandlungen fortgesetzt, bis dahin müssen wir wissen, wie die Arbeiter und Angestellten über den Plan denken, ob andere gangbare Vorschläge zu machen sind. Die Zeit des Abseitsstehens ist vorüber. Wir müssen entweder ganz klar sagen warum wir nicht mitmachen können, oder entscheidend mitbestimmen wie neue Wirtschaftspläne durchgeführt werden.

Der Streik der städtischen Angestellten in Berlin beigelegt.

Der von den Berliner Elektrizitätsangestellten am Montag abend beschlossene Streik ist im Laufe des Dienstag durchgeführt worden. Gestern nachmittag 2 Uhr wurde die Belieferung der Fabriken, Privathäuser und der elektrischen Straßenbahn-Anlagen eingestellt, so daß also Berlin wieder einmal keine Fahrgelegenheit bietet, die Straßen im Dunkel liegen und die Gastwirte wie Privatleute ihre Hilfsmittel aus vergangenen Tagen zur Beleuchtung hervorholen müssen. Die Regierung unternahm sofort alles, um den Ausstand schnell beizulegen. Bereits am Dienstag abend 6 Uhr, also kurz nach dem Ausstande, tagte die Regierung in Gegenwart des Oberbürgermeisters Bosse, um die Situation zu beraten. Nach Mitternacht wurde zwischen den Vertretern des Magistrats und der Verbände der Werksangestellten eine Einigung erzielt. Der Schiedsspruch vom 23. November wird mit erheblichen weiteren Zugeständnissen für die Arbeitnehmer angenommen. Die Vertreter der Werksangestellten erklärten sich bereit, noch in der Nacht Schritte zu unternehmen, um die Stromversorgung Berlins unverzüglich wieder in Gang zu bringen.

Die Geheimniskrämerei der Industriellen.

Ausländische Kredithilfe nur unter ihrer gnädigen Zustimmung?

Berlin, 30. Nov. (Priv.-Meldung.) In der gestrigen Sitzung des Präsidiums des Reichsverbandes der deutschen Industrie erstattete Hugo Stinnes einen Bericht über seine Londoner Besprechungen. Es schloß sich daran eine eingehende Aussprache über die Kreditaktion der Industrie im Zusammenhange mit der Frage einer ausländischen Anleihe. Dem B. A. zufolge kam man schließlich dahin überein, den geschäftsführenden Vorsitzenden des Verbandes, Geheimrat Bücher zum Reichskanzler zu entsenden, um diesem mitzuteilen, der Reichsverband sei mit den Vorschlägen Dr. Wirths einverstanden, eine aus Mitgliedern der Industrie und der Finanz gebildete Kommission von sechs Herren mit den englisch-amerikanischen Wirtschaftskreisen in Verbindung treten zu lassen. Die Kommission selbst soll von Dr. Wirth bestimmt werden.

*

Wie der Londoner Korrespondent der Voss. Ztg. erfährt, haben zwischen Dr. Rathenau und dem Direktor der Bank von England Sir Robert Kindersley zwei Konferenzen stattgefunden. Weitere Konferenzen mit den ersten englischen Finanzfachleuten und dem Schatzkanzler Sir Robert Horne sollen sich unmittelbar anschließen. Der Korrespondent hält es für möglich, daß Rathenau auch mit Lloyd George zusammentreffen wird.

Das Nationalgefühl der deutschen Industrie.

In den kommenden Tagen werden die Wirtschaftsverhandlungen über Oberschlesien beginnen. Es ist selbstverständlich, daß jeder der verhandelnden Staaten versucht, nach Möglichkeit die Beratungen zu seinen Gunsten zu Ende zu führen, und insbesondere die Polen keine Mittel scheuen werden, um evtl. Grenzänderungen inbezug auf die Genfer Entscheidung zu erzielen. Ganz so unbekannt ist nicht mehr, daß deutsche Industrielle den Polen bei dieser Absicht in die Hände spielen und nicht nur mit den polnischen Industriellen, sondern auch mit der polnischen Regierung in Warschau über evtl. Aenderungen an der festgelegten Grenze Verhandlungen führen, bzw. schon geführt haben. Zur Kennzeichnung des Nationalbewußtseins der deutschen Industrie, die es glücklich fertig gebracht hat, drei Tage vor der Abstimmung — später ging es nicht — ein offenes Bekenntnis zum Deutschtum und für Oberschlesien abzulegen, sei hier vorläufig folgender Fall festgestellt:

Die Lignose-A.-G. besitzt in Oberschlesien drei große Werke, von denen nach Genfer Entscheidung zwei auf polnisches Gebiet fallen, dagegen die Kruppamühle deutsch bleibt. Anläßlich dieser Tatsachen ist der Generaldirektor der Firma, Dr. Erdmann, Berlin, vor wenigen Tagen in Warschau gewesen und hat dahin gewirkt, daß die polnische Regierung alles unternimmt, um die Kruppamühle aus angeblich wirtschaftlichen Gründen für Polen zu sichern. Selbstverständlich war dieses Angebot von der deutschen Industrie ein angenehmes Angebot für Polen, und die polnische Regierung hat sofort die notwendigen Schritte in die Wege geleitet. Beauftragte — deren Namen wir gegebenenfalls nennen können — nach Berlin gesandt, um dort nicht an offizieller Stelle, sondern hinter den Kulissen die Regelung der Angelegenheit zugunsten Polens anzustrengen. Inwieweit ihnen dieses gelungen ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Immerhin aber scheint es Aufgabe der deutschen Oeffentlichkeit zu sein, derartige von deutscher Seite angezettelte Treibereien in der Oeffentlichkeit festzustellen, und unsere Unterhändler so auf evtl. Ueberrumpelungen von polnischer Seite aufmerksam zu machen. Zweifellos ist Gefahr im Verzuge, denn die deutsche Industrie in Oberschlesien, die vorgestern angeblich noch deutsch gesinnt war, hat plötzlich aus Geldsackinteressen ihr polnisches Herz entdeckt. Die Regierung muß auf der Hut sein und Vorkehrungen treffen, um neue Schicksalsschläge, die für uns drohen, abzuwenden.

Neuer Kahrkurs in Bayern.

Die Hinweise, daß der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld schon während der kurzen Zeit seiner Regierungstätigkeit alles andere getan hat, sich nur nicht an sein schön klingendes Regierungsprogramm hielt, und auf dem besten Wege ist, den Kurs der Regierung Kahr einzuschlagen, erfahren eine gewisse Bestätigung durch Verhandlungen über die Erweiterung der Regierungskoalition mit der bayerischen Mittelpartei, den Deutschnationalen. Bekanntlich haben die bayerischen Deutschnationalen während der letzten Krise alles getan, um Herrn v. Kahr zu halten, Protestversammlungen veranstaltet, von deutschnationalen Beamten in den Städten usw. Telegramme für Kahr nach München richten lassen und keine Summen gescheut, ihre Absicht zu verwirklichen. Dieser Kampf um Herrn Kahr galt in Wirklichkeit der Erhaltung der Kahrschen Politik, und es ist heute kaum anzunehmen, daß sie in dieser Beziehung irgendwie umgelernt haben und die notwendige Achtung vor dem Reichsrecht besitzen. Diese Vermutung hat um so mehr für sich, als die Mittelpartei gegebenenfalls das augenblicklich von dem Ministerpräsidenten noch selbst verwaltete Justizministerium übernehmen soll, und beabsichtigt, den Antisemiterich Dr. Roth, der bekanntlich auch dem Kabinett Kahr angehörte, mit diesem Ministerium zu betrauen. Man kann sich also für die Zukunft auf allerlei gefaßt machen!

Wieder ein sozialdemokratischer Wahlsieg.

Rüstringen, 29. Nov. (S. P. D.) Bei der Stadtratswahl in Rüstringen in Oldenburg, die am Sonntag stattfand, konnten die Parteien einen Stimmgewinn buchen, mit Ausnahme der Unabhängigen, die etwa die Hälfte ihrer früheren Stimmenzahl und damit auch die Hälfte ihrer bisherigen Mandate einbüßten. Am günstigsten hat die Sozialdemokratie abgeschnitten. Sie erhielt 7828 Stimmen und 12 Mandate, die vereinigten bürgerlichen Parteien brachten 6003 Stimmen auf und erhalten 9 Mandate, die Unabhängigen 2790 Stimmen (4 Mandate), die Kommunisten 1229 Stimmen (1 Mandat). Bisher waren vertreten: Sozialdemokraten 10, Unabhängige 8, Bürgerliche 8, Kommunisten 0.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519211130-15/fragment/page=0001
DFG

Putschdebatte im Landtag.

Die Umstände brachten es mit sich, daß die Beratung des Etats des Innenministeriums zeitweise zu einer regelrechten Debatte über die kommunistische Putschaktik sich gestaltete. Severing, der neue alte Innenminister, wird ja von den Kommunisten beschuldigt — sie wollen ihre eigenen abschreckenden Spuren verwischen —, der eigentliche Vater der Märzaktion zu sein. Dazu kamen die Enthüllungen des „Vorwärts", die die kommunistische Presse mit neuen Beschuldigungen Severings abzuschwächen suchte. Darauf mußte Severing antworten. Er und auch Genosse Krüg r haben das mit Argumenten und in einer Form getan, die ihre Wirkungen nicht verlieren werden. Der Inhalt ihrer Reden ist die beste Antwort auf die gestrigen erneuten Angriffe des Halleschen kommunistischen Organs, des „Klassenkampfes". Er fühlte sich gestern veranlaßt, doch noch die Rede seines schwer belasteten Genossen Eberlein zu bringen. Alle die Beschuldigungen, die darin gegen einzelne Sozialdemokraten oder gegen unsere gesamte Partei erhoben werden, erfuhren durch die Landtagsverhandlungen die beste Zurückweisung. Die „Volksstimme" hat es deshalb gar nicht nötig, näher darauf einzugehen. Wir verweisen unsere Leser auf den nachfolgenden ausführlichen Bericht über die Verhandlungen. Die lügenhaften Darstellungen Eberleins über die „bremsende" Tätigkeit der K. P. D. in unserem Bezirk werden wir aber trotzdem noch zur Genüge beleuchten. Ein besonderer Zwischenfall — anders kann man es nicht bezeichnen — ereignete sich als die Kommunisten in ihrer Verlegenheit auf die Severingschen Ausführungen nichts zu erwidern wußten, sondern ihm, dem Minister der großen Koalition, die beiden schon recht bekannten Namen Stinnes und Böltz zuriefen. Severing lächelte. Dann kamen einige Worte des Minister s, die die bürgerlichen Parteien, ebenso wie die Linke, überraschten. Severing sagte, er wisse daß Stinnes seine wirtschaftspolitische Potenz ersten Ranges darstelle, daß Stinnes seine Gewinne nicht verprasse, sondern damit neue wirtschaftliche Werte schaffe. Stinnes — ein persönlich bedürfnisloser Mann! Das gibt der bürgerlichen Presse, namentlich der volksparteilichen, Anlaß, von einer Lobrede auf Stinnes zu sprechen. Ein Verfahren, das ziemlich deplaziert erscheint. Damit sind noch lang nicht die vielen Schattenseiten weggewischt, die sich an diesem Mann zeigen, auch nicht die üblen Industriepläne, die sich um diesen Namen konzentrieren. — Der Landtag hatte sich eigentlich für den Dienstag eine Tag- und eine Nachtsitzung vorgenommen, um sein parlamentarisches Arbeitswerk ein tüchtiges Stück vorwärts zu bringen, aber er hatte die Rechnung ohne die streikenden Berliner Angestellten und Arbeiter gemacht. Das Telephon und die Straßenbahn ging nicht. So arbeitete man eben durch.

•

76. Sitzung, Dienstag, den 29. November 1921, 12 Uhr.

Am Ministertisch Severing.

Der kommunistische Antrag, den Hungerstreik der politischen Gefangenen zu besprechen, wird abgelehnt und das Haus erledigt zunächst einige kleine Anfragen.

Die preußische Innenpolitik.

Das Haus setzt darauf die zweite Beratung des Haushalts des Innenministeriums fort.

Abg. Dr. Berndt (Dem.): Bei der Verwaltungsreform müssen vor allem drei Ziele erreicht werden: Eine Neuorganisation unseres Gemeindewesens, die Beseitigung des Bürokratismus und eine klare zielbewußte Personalpolitik, die die Leistungsfähigkeit unserer Verwaltung garantiert. Die Beamten müssen auf dem Boden der Verfassung stehen.

Minister des Innern Severing:

Unter den heutigen Verhältnissen kann ein Minister nur sich bemühen, das Staatsgefüge zu festigen und den großen Scherbenhaufen abzutragen damit bald der politische Aufstieg unseres Volkes erfolgen kann. Zu weiteren Zielen sind die Wege noch zu beschwerlich. Eine parteipolitische Amtsführung könnte mir von einem objektiven Urteil nicht vorgeworfen werden. Ich habe in der Beamtenpolitik alle Parteien gleich behandelt und halte auch heute noch an meinem Glaubensbekenntnis fest, daß ich auch loyale Monarchisten in der Verwaltung gern sehe, ebenso wie ich die Kommunisten mit der Verwaltung aussöhnen möchte. Für die Entlassung einer Reihe von Beamten im vorigen Jahre war ihre Beteiligung am Kapp-Putsch kein Vorwand. Ihre Entlassung war absolut notwendig, nachdem sie mit fliegenden Fahnen in das Lager des Aufruhrs übergegangen waren. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ich hoffe, daß die Schutzpolizei recht bald einen rein polizeilichen Charakter haben kann, so lange aber die Verhältnisse nicht gestatten zur Bekämpfung bewaffneter Aufstände sofort Reichswehr einzusetzen, muß die Schutzpolizei auch für diesen Kampf geeignet sein. Wenn die parteipolitische Erörterung innerhalb der Polizei wichtiger ist, als der Staatsdienst, der muß die Schutzpolizei verlassen. Für die Besoldung der Gemeindebeamten werden Finanzminister und Innenminister gemeinsam dem Reich um Bereitstellung von Mitteln vorstellig werden. Wenn es zutreffend ist, daß zwischen höheren reaktionären Beamten noch ein Spitzeldienst besteht und geheime Personalakten geführt werden, so werde ich diesem Unfug energisch ein Ende machen. (Lebh. Zustimmung links.) Am Klatsch gegen linksgerichtete Beamte wird freilich noch viel gelestet, besonders in der Provinz Pommern. Mit dem Verbot der „Täglichen Rundschau" bin ich vom Reichsrat im Stiche gelassen worden, aber ich werde mich dennoch gegen jeden der Artikel, der junge Leute zum Mord aufreizen kann, mit derselben Schärfe verwahren. Mit dem Befehl, die Erklärung des Ministerpräsidenten in den Kreisblättern wörtlich zu veröffentlichen, wollte die Regierung nur eine wortgetreue Verbreitung der Erklärung erreichen, von einer Beschränkung der Pressefreiheit konnte nicht die Rede sein. Etwa noch bestehende Selbstschutzorganisationen und Arbeitsgemeinschaften werde ich restlos auflösen lassen. (Unruhe rechts. Zustimmung links.) **Den Kommunisten-Erlaß meines Amtsvorgängers habe ich als ein Ausnahmegesetz betrachtet und deshalb verfügt, daß die Beteiligung kommunistischer Beamten nur dann zu versagen ist, wenn sie sich zur Unterstützung gewaltsamer Aufstände gegen die Verfassung durch positive Handlungen hergeben.** Die Behauptung der Kommunisten, ich hätte im „Getreuen Eckart" selbst zugeben, im März mit meiner Polizeiaktion einen Kommunistenaufstand provozieren zu wollen, ist falsch (Der Minister verliest die betr. Sätze seines Artikels.) Bezüglich der Teuerungsstrawalle und Plünderungen hat mir das Polizeipräsidium den Verweis erdroht, daß wirklich politische Drahtzieher hinter der Aktion stehen. (Unruhe b. d. Komm. Zuruf: Wer?) Der Minister legt ein rotes Plakat vor, in dem zu Unruhen aufgefordert wird. Es ist unterschrieben von der Kommunistischen Arbeiterjugend der Kommunistischen Arbeiterpartei, der Allgemeinen Arbeiterunion und dem Kommunistischen Aktionsausschuß. (Rufe b. d. Komm.: Na also: Da dürfen Sie nicht uns beschuldigen!) Ich kann Ihnen auch das **Mitteilungsblatt des Kommunistischen Aktionsausschusses vorlegen, gedruckt im Verlag der K. P. D.** (Lebh. Hört! Hört!) Da heißt es in einem Artikel: **„Die Bankerotterklärung des Berliner Tageblattes und des Berliner Börsenkuriers wird das Proletariat beantworten müssen mit dem Bürgerkrieg. Ihr fordert unser Leben, wir das Eure Auge um Auge, Zahn um Zahn! und dann Ihr Herren memento mori!"** (Heiterkeit.) Mir ist erzählt worden, dies bedeute „Gedenk des Todes!" Daß dies nicht bildlich gemeint ist, geht aus einem anderen Aufruf hervor. Ich habe nie die K. P. D. dieser Plünderungen beschuldigt, aber die Gruppe der Kommunistischen Arbeiterpartei hetzt zu Gewalttaten und kündigt Mordtaten an. Die Kommunistische Arbeiterpartei zettelt diese Dinge an, und Sie (z. b. Komm.) schließen sich der Aktion an, wenn sie gelingt. Die Regierung ist sich ihrer Pflicht bewußt gegen alle Ausschreitungen vorzugehen, ganz gleich, ob sie von Arbeitsgemeinschaften oder Linksbolschewisten herkommen. Es gibt noch eine größere Gewalt als die der Zerstörer und die des Staates, das ist die Vernunft! An sie appelliere ich vor dem ganzen Lande! (Lebh. Beifall.)

Abg. Eynern (D. Vpt.) kritisiert das Verbot der „Täglichen Rundschau".

Abg. v. Dryander (Dn.): Gegen rechts wird viel schärfer vorgegangen, als gegen die Linksputschisten. Zur Rechtfertigung des Verbots der „Täglichen Rundschau" hat man ganz belanglose Sätze herausgezogen. Die heutige Verfassung ist der allein mögliche Ausgangspunkt für Gesetzesänderungen. Aber das Verlangen, die Beamten sollten die Republik als die beste Staatsform anerkennen, wäre doch lächerlich.

Abg. Drewitz (Wirtschpt.): Das Vorgehen der Polizei gegen die kleinen Kaufleute wegen Wuchers ist zu streng.

Minister des Innern Severing: Die Offiziere und das Reichswehrministerium, die gegen den unabhängigen Landrat **Raute die schwersten Beschuldigungen erhoben haben, haben jetzt den Rückzug angetreten. Raute steht jetzt gerechtfertigt da.** Ich freue mich, daß bei der Abwehr der kommunistischen Banden in Mitteldeutschland von der Rechten kein Schuß gefallen ist. (Abg. Dr. v. Dryander: Ich auch!). Dann haben Ihre weiteren Ausführungen über die Selbstschutzorganisationen gar keinen Zweck mehr. Was nützen sie, wenn sie in einer solchen Situation gar nicht auftreten. (Heiterkeit.) Wenn Kreise, die im Besitz von Waffen waren, im Mitteldeutschen Aufstand Gebrauch davon gemacht hätten, wäre der schlimmste Bürgerkrieg ausgebrochen und man hätte dieses Eingreifen für einen neuen Kapp-Putsch gehalten. Nicht mit Flinten und Säbeln, nur durch die Mitarbeit aller, die in friedlicher Arbeit den Wiederaufbau wollen, sind Aufstände ähnlicher Art zu verhindern.

Abg. Raboldt (U. S.): Minister Severing erklärte, die Selbstschutzorganisationen der Reaktion seien aufgelöst. Wir haben das schon oft gehört, aber immer wieder erwachen diese Organisationen zu neuem Leben Aus welchen Elementen setzt sich die Schutzpolizei vielfach zusammen? Die ehemaligen Baltikumer fanden bei ihr einen Unterschlupf. Die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze der Republik und ihrer Organe muß weg; denn sie ist kein Schutz. Dort wo die Rechtsparteien regieren, wie z. B. in Bayern, da wandelt sich diese Schutzverordnung in eine scharfe Waffe gegen die Republikaner.

Abg. Krüger (Soz.):

Die Unabhängigen haben keinen Weg gezeigt, dem Volke zu helfen ohne Koalition mit den Bürgerlichen. Sie haben selbst eine Beteiligung an einer Koalition auch ohne die Deutsche Volkspartei immer abgelehnt. Und Sie werden selbst nicht bestreiten, daß mit der kommunistischen Fraktion eine gemeinsame Politik nicht gemacht werden kann. Wir bedanken uns dafür, die Prügelknaben der Kommunisten zu sein. Schon auf Grund der Erfahrungen in der Berliner Kommunalpolitik. Unsere wichtigste Aufgabe ist es, die errungenen Volksrechte zu sichern und auszubauen. Wir sichern aber Republik und Demokratie besser in einer Koalition, wo wir unseren Einfluß auch auf die Deutsche Volkspartei geltend machen können, als wenn wir die Regierung den bürgerlichen Parteien allein überlassen. Sie (z. b. U. Soz.) können Ihre Abstinenzpolitik nur treiben, so lange wir nicht dieselben Dummheiten machen wie Sie. Wir sind ganz einig mit Ihnen, daß die Arbeiterschaft geeinigt werden muß. Aber eine Einigung ist unmöglich mit Schichten, auf die Leute wie Eberlein maßgebenden Einfluß haben. Sie verlangen von uns eine reine Demonstrationspolitik, aber Demonstrationen sind eine Komödie, so lange man die Staatsgewalt nicht damit beeinflussen kann. (Widerspruch b. d. U. Soz.) Einem Bürgerkrieg würden wir nicht aus dem Wege gehen, wenn er uns von der Rechten aufgezwungen wird aber es ist ein Verbrechen, alles auf diese eine Karte zu setzen. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Herr Eberlein hat vergebens versucht sich von den Vorwürfen auf Grund unseres Materials über den Märzputsch zu reinigen und die Angaben der kommunistischen Protokolle Lügen zu strafen. Es ist ja eine alte kommunistische Praxis, ihre eigenen Parteiführer preiszugeben, sobald sie etwas Belastendes gegen die Partei geschrieben haben. Das kommunistische Märchen, die kommunistische Partei sei zu der März-Aktion provoziert worden, glaubt zu niemand mehr: Wie kann man zu einer großen Aktion provoziert werden, wenn man nicht vorbereitet ist! (Sehr richtig! b. d. Soz.) Eke das Vorgehen der „Hörsing-Banditen" erfolgte, wurde schon in der „Roten Fahne" zum Kampf aufgerufen. Wie können Sie (z. b. Komm.) angesichts einer derartigen Politik den Arbeitern noch unter die Augen zu treten wagen? Das Verbot der „Täglichen Rundschau" billigen wir durchaus. Die Tannenbergfeiern sind verboten worden, weil sie benutzt wurden, zu schamlosen Angriffen gegen die Republik und große Massen des deutschen Volkes. Für die Beamten erstreben wir die Beseitigung der kastenmäßigen Absperrung und der politischen Versklavung und wollen sie zu Vertrauensmännern des ganzen Volkes machen. Wir sind einverstanden, daß ein Beamtentum geschaffen werden soll, welches sachlich und unparteiisch arbeitet; es muß aber so arbeiten, wie es dem Willen der Mehrheit des deutschen Volkes entspricht. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Dr. Meyer-Ostpreußen (Komm.): Die Unabhängigen verhandeln täglich mit der Noske-Partei. Unabhängige und Mehrheitssozialisten arbeiten mit Mörderzentralen zusammen und weigern sich, den Klassenkampf zu führen. (Entrüstung b. d. U. Soz. — Lachen b. d. Soz.) Die Not wird die Arbeiter zusammen führen.

Damit schließt die Besprechung. Die Abstimmungen sollen am Dienstag, den 6. Dezember, nachmittags 4 Uhr, stattfinden.

Darauf wird das Gesetz über den Sitz des schleswig-holsteinischen Landeskulturamts, das in Schleswig errichtet werden soll, gegen die drei sozialistischen Parteien in zweiter Lesung angenommen. Die Abstimmung in 3. Lesung wird ebenfalls ausgesetzt.

Die Marketenderin.

Erzählung aus der Zeit der Revolutionskriege

von Erckmann-Chatrian.

(47. Fortsetzung.)

So verging eine halbe Stunde, und es war bereits Nacht, als der Onkel die Türe mit den Worten öffnete: „Sind Sie da, Frau Therese? — Gut! ... Ich habe meine Kranken besucht ... hab auch Koffel, dem Mauser und dem alten Schmitt Nachricht gegeben, es ist alles in Ordnung, sie werden diesen Abend kommen, um sich zu verabschieden."

Des Onkels Stimme hatte wieder Festigkeit gewonnen; er ging sehst in die Küche, um Licht zu holen und schien bei seinem Wiedereintritt erstaunt, uns so beieinander zu sehen.

„Fritzel hält sich brav", sagte er. „Er verliert jetzt Ihren guten Unterricht, aber ich hoffe, er wird sich künftig im Französischlesen allein üben und er wird vor Augen behalten, daß bloß Kenntnisse dem Mann seinen Wert geben. Darauf zähle ich."

Was mich aber an diesem Tage, der mir durch die ungewohnte Trauer unseres Hauses in Erinnerung blieb, am meisten erschütterte, das war, als ein paar Augenblicke vor dem Nachtessen Frau Therese, ruhig hinter dem Ofen sitzend, Scipios Kopf auf dem Schoß, die Augen nachdenklich auf das Zimmer in seinem Halbdunkel gehefet, anhub: „Herr Doktor, ich bin Ihnen schon für so vieles Dank schuldig und doch habe ich noch eine Bitte an Sie." — „Was denn, Frau Therese?"

„Ich bitte Sie, meinen armen Scipio zu behalten, als ein Andenken an mich. Er soll ein guter Kamerad von Fritzel bleiben, wie er einst der meinige war. Die neuen Prüfungen, die mir das Leben einer Gefangenen auferlegen, sind ihm so erspart."

Als sie dies gesprochen hatte, wollte mir das Herz zerspringen; Glück und Zärtlichkeit erschütterten mich bis ins Innerste. Zusammengekauert in meinem Schemel vor dem Ofen, ergriff ich meinen Scipio, zog ihn an mich wühlte mich mit meinen dicken roten Händen in sein dichtes Haar ein, und ein wahrer Wasserfall von Tränen stürzte über meine Wangen; es kam mir vor, wie wenn mir alle verlorenen Güter der Erde und des Himmels wiedergeschenkt worden wären.

Der Onkel sah mir betreten zu; er begriff wohl jetzt erst, wieviel mir der Gedanke, mich von Scipio zu trennen, zu schaffen gemacht hatte. Statt Frau Therese über das Opfer, das sie sich auferlege, Bemerkungen zu machen, sagte er bloß: „Ich nehme Ihr Geschenk an, Frau Therese, ich nehme es für Fritzel an, damit er sich erinnere, wie lieb Sie ihn hatten Er soll eingedenk bleiben, wie Sie im größten Kummer ihm als einen Beweis Ihrer Zuneigung das gute, treue Geschöpf, Ihren und des kleinen Hans unzertrennlichen Gefährten, überlassen haben. Er soll sich Ihrer stets in Liebe erinnern."

Dann wandte er sich an mich: „Wie, Fritzel, Du dankst Frau Therese nicht?"

Da erhob ich mich, konnte aber vor Schluchzen kein Wort hervorbringen; ich warf mich der trefflichen Frau in die Arme und so blieben wir lange. Scipio lag zu unseren Füßen. Mit den Fingerspitzen auf seinem Kopf, den anderen Arm um die Schulter der Frau geschlagen, so betrachtete ich ihn zwischen großen Tränen durch mit unaussprechlicher Freude.

Es bedurfte Zeit, um mich zu beruhigen. Frau Therese küßte mich und sagte: „Das Kind hat ein gutes Herz; es schließt sich leicht an, das ist recht!" worüber ich aufs neue in Tränen ausbrach. Gerührt strich sie mir die Haare aus der Stirn.

Nach dem Nachtessen kamen Koffel, der Mauser und der alte Schmitt in ernster Stimmung; sie drückten Frau Therese ihr Leidwesen aus über ihre Abreise und ihre Entrüstung über den elenden Kerl, den Richter, dem sie alle die Angeberei zuschrieben, denn er allein war eines solchen Streiches fähig. Man setzte sich um den Ofen. Frau Therese schien zwar von der Teilnahme der braven Männer gerührt, aber ihr fester, entschlossener Charakter hielt stand.

„Wort meine Freunde," sagte sie, „wenn die Welt nur ein Rosengarten wäre, und wenn man überall nur Leute träfe, die Gerechtigkeit und Menschenrechte in Ehren hielten, was wäre dann für ein Verdienst dabei, auf seinen Grundsätzen zu beharren. Das wäre ja nicht des Redens wert. Uns war es beschieden, eine Zeit zu erleben, wo man große Dinge vollbringt, wo man für die Freiheit kämpft, und unser Dasein wird kein unnützes gewesen sein. All unser Elend, all unsere Leiden, alles Blut, das wir vergossen werden für künftige Geschlechter ein erhebendes Schauspiel bilden. Alle Schurken werden zittern, wenn sie daran denken, wie wir sie, wären sie uns in den Weg getreten, weggefegt hätten. Alle großen Seelen werden bedauern, daß sie nicht auch an unseren Arbeiten teilnehmen konnten. Darin liegt der Wert der Sache. Belagt mich daher nicht; ich bin stolz und glücklich, für mein Vaterland zu leiden, das heute der Welt in Freiheit, Gerechtigkeit und Recht vorausleuchtet. Ihr glaubt vielleicht, wir seien jetzt geschlagen? Das ist ein Irrtum; wir haben gestern einen Schritt zurück gemacht, morgen werden wir zwanzig vorwärts tun. Und wenn Frankreich unglücklicherweise die große Sache, die wir verteidigen, fallen ließe, so werden andere Völker unseren Platz einnehmen und unsere Arbeit fortsetzen. Denn die Gerechtigkeit und die Freiheit sind unsterblich, und es wird allen Despoten der Welt nicht gelingen, sie auszurotten. Was mich anbelangt, so geht mein Weg jetzt nach Mainz und vielleicht nach Preußen unter der Eskorte von Soldaten des Braunschweigers; aber erinnert Euch dessen, was ich Euch sage: die Republikaner sind erst auf ihrer ersten Station angekommen und ich lebe der Ueberzeugung, daß sie mich vor Schluß des nächsten Jahres befreien werden."

So sprach diese stolze Frau lächelnd und mit funkelnden Augen. Man sah wohl, daß für sie das jetzige Unglück keine Bedeutung hatte. Jeder dachte: „Wenn so die republikanischen Frauen sind, wie müssen erst die Männer sein?"

Koffel war vor Vergnügen, ihrer Rede zu lauschen, ganz erblaßt; der Mauser blinzelte dem Onkel zu und hob an: „Alles dies weiß ich schon längst; es steht in meinem Buch; die Sachen müssen so kommen, es steht geschrieben."

Der alte Schmitt hatte sich die Erlaubnis erbeten, seine Pfeife anzuzünden, stieß schnell hintereinander große Wolken aus und murmelte zwischen den Zähnen: „Wie fatal, daß ich nicht zwanzig Jahre alt bin; ich nähme Dienst bei diesen Leuten. ... Das wäre mir eben recht ... Was hinderte mich, wie der nächste Beste General zu werden? Wie fatal!"

Endlich als es neun Uhr schlug, sagte der Onkel: „Es ist schon spät ... wir müssen morgen vor Tag fort ... Ich glaube, es wäre gut, wenn wir vorher noch einige Ruhe genössen."

Da stand alles in einer Art von Rührung auf; man umarmte sich wie alte Bekannte und versprach, sich nie zu vergessen. Koffel und Schmitt gingen zuerst hinaus; der Mauser und der Onkel sprachen noch einen Augenblick ganz leise auf der Hausschwelle zusammen. Es war prächtiger Mondschein; alles war weiß auf der Erde; der Himmel, tiefblau, funkelte von Sternen. Frau Therese, Scipio und ich gingen auch hinaus, das herrliche Schauspiel zu betrachten, das so geeignet war, die Kleinheit und Eitelkeit der menschlichen Dinge zu zeigen und den Geist durch seine erhabene Größe zu beschämen.

(Forts. folgt.)

Man färbe daheim nur mit echten Brauns'schen Stoffarben und fordere die lehrreiche Gratisbroschüre No. 2 von Wilhelm Brauns Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Wedlinburg a.H.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519211130-15/fragment/page=0002

Es beginnt nunmehr die zweite Lesung des Haushalts des Ministeriums für Volkswohlfahrt.

Minister für Volkswohlfahrt Hirthsiefert gedenkt zunächst der Verdienste seines Vorgängers Stegerwald und verspricht, die Geschäfte im Geiste seines Amtsvorgängers fortzuführen. Die Aufgabe ist vor allem zielbewußte, planmäßige Vorbeugungsarbeit. Der staatliche Wohlfahrtsgedanke muß sich paaren mit dem Geiste sozialer Gesinnung, insbesondere bei den ausführenden Organen. Die in der privaten Wohlfahrtspflege tätigen Kräfte sind zunächst zur Mitarbeit berufen. (Zuruf links: Da liegt der Pferdefuß!) Machen Sie selbst mit, dann werden Sie sehen, wo der Pferdefuß steckt! Die Förderung der privaten Wohlfahrtspflege soll mir heiligste Aufgabe sein. Die Förderung der Jugendpflege liegt mir ganz besonders am Herzen. Die Dotationen für die Landarmen-Verbände müssen unbedingt erhöht werden. Der preußische Finanzminister hat sich bereit erklärt, sich an dem Hilfswerk für die Rentner zu beteiligen. (Bravo!) Die Armengesetzgebung wird reformiert. In der Unterbringung schwer Kriegsbeschädigter müssen die öffentlichen Körperschaften vorbildlich verfahren. Die Mieterschutzbestimmungen müssen dem jeweiligen Bedürfnis angepaßt werden. (Zuruf links: Was heißt das?) Eine sofortige Aufhebung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen wäre falsch. Die Verheerungen der Tuberkulose infolge der schlechten Ernährung verdienen ernste Aufmerksamkeit. Durch die Genfer Entscheidung über Oberschlesien drohen neue Seuchengefahren. Die Abwehr muß straff organisiert werden. Voraussetzung der Volksgesundheit ist die Sicherung der Volksernährung. Ich bin Feind jeder Bureaukratisierung. Unterstützungsgesuche sollen schnell erledigt werden. Ich glaube unerschütterlich an die Wiederaufrichtung unseres Volkes. (Beifall.) — Das Haus vertagt sich. Ein Antrag der Kommunisten, die Amnestie-Frage auf die Tagesordnung zu setzen, wird abgelehnt. — Nächste Sitzung: Mittwoch 12 Uhr: Kleine Vorlagen, Volkswohlfahrt. Schluß 8¾ Uhr.

Fortsetzung der Untersuchung der Märzaktion durch den Landtagsausschuß.

Im Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtages wurde am Dienstag Bericht aus den Strafakten betr. die Vorgänge in Mitteldeutschland erstattet. Aus den Strafakten Hölz wurde festgestellt, daß Hölz und seine Leute Mißhandlungen an den Geiseln vorgenommen haben. Ferner wurde festgestellt, daß bei den Strafakten, welche die Sprengung der Produktivgenossenschaft betreffen, sich bereits seit dem 16. August die Erklärungen von Lemck und Bowitzki befinden. Diese Erklärungen waren vom Staatskommissar für öffentliche Ordnung dem Gericht übersandt worden, weil ein Teil ihres Inhalts auf die Sprengung der Produktivgenossenschaft Bezug hat. Die Akten sind also seit dem 16. August vom Gericht bearbeitet worden. Damit dürfte der Vorwurf der Denunziation, wie er von kommunistischer Seite gegen den „Vorwärts“ erhoben wurde, völlig hinfällig werden.

Bezüglich des Zetkin-Materials war vor etwa 10 Tagen die Veröffentlichung freigegeben worden.

Der Ausschuß beschloß ferner, den Staatskommissar für öffentliche Ordnung als Zeugen über das Zetkin-Material zu vernehmen, und zwar über die Art und Weise, wie das Material in seine Hände kam und über die Glaubwürdigkeit des Materials. Ferner wird als Zeuge der leitende Arzt des Leunawerkes geladen werden, gegen den die Beschuldigung erhoben wurde, er habe die Verwundeten ohne ärztliche Hilfe gelassen. Schließlich werden einige Schutzpolizeibeamte als Zeugen über verschiedene Erschießungen vernommen werden.

Der Mordprozeß Buchholz.

Am Mittwoch begann vor dem Schwurgericht des Landgerichts Berlin III der längst erwartete Mordprozeß, in dem die Hundertschaft zur besonderen Verwendung eine wenig rühmliche Rolle spielt. Der geheimnisvolle Tod des Wachtmeisters Buchholz, der durch Selbstmord geendet haben soll, zeitigte dem Verdacht, daß er als Mitwisser von mehreren Verbrechen durch „Kameraden“ beiseite geschafft wurde. Nach dem Ergebnis der Voruntersuchung erhob man gegen die beiden Wachtmeister Rudolf Erren und Hermann Meyer Anklage und beschuldigte sie des gemeinschaftlichen Mordes. Sehr interessant in diesem Zusammenhang ist es, daß Meyer vor kurzem wegen Arrestantenmißhandlung in der Charlottenburger Kaserne der Hundertschaft z. B. zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Beide Angeklagte befinden sich in Untersuchungshaft.

Die Anklage fußt auf folgendem Sachverhalt: Am späten Nachmittag des 15. Juni d. J. wurde in der Kaserne der Hundertschaft zur besonderen Verwendung im Geschäftszimmer der Kassenkommission Nr. 39 der Oberwachtmeister Johannes Buchholz erschossen aufgefunden.

Die Leiche wies einen Kopfschuß auf. Zuerst wurde Selbstmord angenommen. Die Leichenöffnung ergab jedoch, daß die Kugel am Hinterkopf eingedrungen war. Da außerdem keinerlei Verbrennungsspuren konstatiert werden konnten, stellten die Sachverständigen fest, daß der tödliche Schuß aus einer Entfernung von 30—35 Zentimeter abgegeben sein mußte, also unmöglich von dem Getöteten selbst.

Am 2. Juni d. J. hatte der Kommandeur Hauptmann Stennes gegen Buchholz die Anzeige erstattet, daß dieser 173 885 M. unter Vornahme falscher Buchungen unterschlagen habe. Buchholz wurde verhaftet, aber mangels Beweises wieder entlassen. Buchholz verdächtigte nun seinerseits die Hauptwachtmeister Petkewitz und Lehmann und den Oberwachtmeister Schmidt der Unterschlagung und machte dabei Angaben über Unregelmäßigkeiten in der Kassenführung der Sipo. Daraufhin wurde auch gegen den jetzigen Angeklagten Meyer und den Hauptmann Stennes ein Ermittlungsverfahren wegen Geheimbündelei und Waffenverheimlichung eingeleitet. Nach den weiteren Bekundungen, denen sich auch die Unterwachtmeister Jaspert und Rummler anschlossen, hat in der Hundertschaft z. b. V. ein „Bund der Ringmannen“ bestanden, der in nächtlichen Sitzungen „Ehrengerichte“ abhielt, in welchen Vorkommnisse in der Hundertschaft „abgeurteilt“ wurden. Der Angeklagte Erren war Beisitzer des Ehrengerichts. Es stellte sich heraus, daß überzählige Waffen in der Schloßkaserne versteckt worden waren. Von der beabsichtigten Durchsuchung muß die Hundertschaft vorzeitig Kenntnis erhalten haben, denn nachts wurden die Waffen fortgeschafft, wobei sich nach der Anklage der Angeklagte Meyer besonders beteiligt haben soll. Als am nächsten Morgen in Abwesenheit des zum Polizeipräsidenten befohlenen Hauptmanns Stennes der Polizeimajor Gerhardt mit Schupo- und Kriminalbeamten vor der Kaserne erschien, wurde ihm der Eintritt verweigert. Der Angeklagte Meyer hatte sogar, nach Behauptung der Anklage, befohlen, die Waffen gebrauchsfertig zu machen, um gegebenenfalls die Beamten an dem Betreten gewisser Räume zu verhindern. In einer darauffolgenden nächtlichen Sitzung des „Ehrengerichts“ unter Vorsitz des Wachtmeisters Göbel äußerte der Angeklagte Meyer, wie die Anklage behauptet, Jaspert und Rummler müßten einen Meineid leisten und der Anzeiger, Draeger, der sich auf diese beiden berufen hatte, müsse verschwinden. Draeger hat diese Drohung für ernst gehalten und geglaubt, daß man ihm ans Leben wolle. Da wiederholt die Rede davon war, gewisse linksradikale Personen müßten beseitigt werden, will auch Jaspert den Eindruck gehabt haben, daß ein unbequemer Mensch beseitigt würde. Ferner soll unter den Beamten der Hundertschaft eine gegenseitige Bespitzelung bestanden haben. Hauptmnan Stennes soll, als sich einige Sipoleute beschwerten, dann bei der Parole erklärt haben, Leute, die nicht sehen könnten, wie jemand geschlagen werde, könne er nicht brauchen, sie seien zu weichlich. Buchholz hat gegenüber seiner Ehefrau Befürchtungen für sein Leben geäußert. Nach seiner Entlassung aus der Haft erklärte B. seiner Frau, er werde ihr eine schriftliche Darstellung des wahren Sachverhalts geben für den Fall, daß er mundtot gemacht werden sollte. Ihm, Buchholz, seien 100 000 M. Schweigegeld für die Verschleierung angeboten worden. Schon vor seiner Verhaftung erzählte B. dem Unterwachtmeister Simon, er habe Veruntreuungen aufgedeckt und dem Hauptmann Stennes gemeldet, der aber nicht darauf eingegangen sei. In einem anderen Falle habe ihm Hauptmann Stennes am nächsten Tage einen Fehlbetrag von 5000 M. zurückgegeben. Es seien ferner, so hatte Buchholz erklärt, aus der Kasse Beträge mit falschen Belegen an politische Agenten gezahlt worden. — Als Simon in der Kaserne erklärte, daß er nicht an einen Selbstmord des Buchholz glaube, wurde er nach seiner Behauptung bedroht, so daß er von da ab stets einen Revolver bei sich trug.

Kurz bevor der tödliche Schuß gefallen war, hatte sich Buchholz noch rasieren lassen, dann in vergnügtester Stimmung Kaffee getrunken und noch wenige Minuten vor dem Schuß die Aufwärterin beauftragt, ihm seine Anzüge in Ordnung zu bringen und für ihn ein möbliertes Zimmer zu besorgen. Kurz bevor der Schuß fiel, fand sich, wie die Anklage behauptet, der Angekl. Erren in dem Zimmer 39, in dem Buchholz arbeitete, ein, angeblich um zu telephonieren. Der Unterwachtmeister Heise hatte unmittelbar nach dem Schuß den Angekl. Erren aus dem Zimmer herausstürzen sehen. Erren habe dabei gerufen, es sei ein Unglück passiert. Die Anklage folgert daraus, daß sich zurzeit der Tat Erren in unmittelbarer Nähe Buchholz befand und daß nach dem Gutachten der Sachverständigen der von hinten abgegebene Schuß kein sogenannter Nahschuß war, daß Erren der Mörder ist. Meyer soll der Mittäterschaft schuldig sein. Ein oder zwei Tage vor dem Tode des B. standen Koball und Storkebaum mit Stennes auf dem Korridor. Storkebaum äußerte zu Stennes, wenn die Sache mit den Unterschlagungen auf die Spitze getrieben würde, könnte Buchholz zur Sprache bringen, daß die Hundertschaft politische Agenten besolde. Der hinzutretende Meyer äußerte: „Wenn Buchholz mit politischen Sachen kommt, ist er erledigt!“ Beide Zeugen wollen dies so aufgefaßt haben, daß B. getötet werden solle. Meyer soll eine Aufwärterin, um sie an dem Betreten des Zimmers 39 zu hindern, extra in sein Zimmer gebeten und sie dort zu einem Schnaps eingeladen haben. Zu gleicher Zeit soll auf dem Hofe ein anderer Beamter, angeblich, um seine Waffe zu reinigen, in Wirklichkeit, um die Detonation des auf Buchholz abgegebenen Schusses zu verdecken, mehrere Schüsse abgegeben haben. Schließlich soll Erren völlig unter dem Einfluß des Meyer gestanden haben. Die Angeklagten bestreiten die ihnen zur Last gelegte Tat.

Die Zeugenvernehmung ergibt sehr geteilte Meinungen. Es ist eine außerordentlich große Anzahl von Zeugen erschienen, so daß der Prozeß mehrere Tage in Anspruch nimmt. Der Leutnant Enderlein hat zu einer Schwester des Angeklagten geäußert, daß er einen Selbstmord nicht annehmen kann. Ein Schupobeamter meldete seinem Kameraden die Todesnachricht mit den erregten Worten: „Buchholz tot! Schuß von hinten!“

Alles Angaben, die keinen Selbstmord annehmen lassen, wenn sich auch Geheimrat Prensing, der Chef der Fachabteilung, besonders warm für die ihm „ans Herz gewachsene Hundertschaft z. b. V.“ einsetzt. Feststeht jedenfalls, daß Buchholz sich fünf Minuten vor seinem Selbstmord noch rasieren ließ und ein Witzblatt las, daß der Angeklagte Meyer der Wirtschafterin kurz vor der Tat noch einen Schaps spendierte, um sie so von dem Zimmer des Ermordeten fernzuhalten, daß auch ein Kaufmann einem Bekannten sagte, er kenne den Täter. Erren ist nach wie vor als Mörder anzusehen, wenn auch die Sachverständigen nach dem Befund am Tatort einen Selbstmord nicht für ausgeschlossen halten.

Wir werden über den Rest der Verhandlungen und das Urteil noch berichten.

Ein Nachtrag zur Erzberger-Tragödie.

Die Kugeln der Mordbuben von Griesbach nahmen Erzberger nicht nur das Leben, sondern auch die Möglichkeit, seine Ehre wiederherzustellen und seine Rechtfertigung wegen der im Helfferich-Prozeß gegen ihn erhobenen Vorwürfe zu vollenden. Da das Gericht nicht mehr sprechen konnte, hat nun in diesen Tagen ein hervorragender Jurist die 15 Beschuldigungen gegen Erzberger und die Stellungnahme des Gerichts zu diesen Beschuldigungen selbst einer Kritik unterzogen und ein unangreifbares juristisches Gutachten darüber abgegeben. Dieses Gutachten bedeutet eine ins Einzelne gehende vernichtende Kritik für das Moabiter Urteil gegen Helfferich. Es stellt ausdrücklich fest, daß die Nachprüfung des Urteils ergeben hat, daß der Versuch des Angeklagten Helfferich, den Wahrheitsbeweis für die ehrenrührigen Behauptungen zu erbringen, als mißlungen zu betrachten ist. Das Gutachten kommt damit einer Verurteilung Helfferichs gleich, dessen maßlose Angriffe gegen Erzberger seinerzeit dazu beigetragen haben, diejenige Atmosphäre des blinden Hasses und der Rachgier zu schaffen, der Erzberger schließlich zum Opfer gefallen ist.

Das Rechtsgutachten über den Prozeß Erzberger-Helfferich ist in der Süddeutschen Verlagsanstalt in Ulm an der Donau als Broschüre erschienen. Dadurch ist der Name eines Mannes, dem das deutsche Volk und die deutsche Republik manches verdanken, von Verdächtigungen gereinigt, die politische Feindschaft gegen ihn ausgestreut haben. Helfferich dagegen ist und bleibt der Geächtete und moralisch Getroffene vor aller Oeffentlichkeit.

Verbot zweier kommunistischer Blätter.

Der amtliche Preußische Pressedienst teilt mit: Der preußische Minister des Innern Severing, hat das Erscheinen der „Kommunistischen Arbeiter-Zeitung“, Berlin, für eine Woche mit folgender Begründung verboten:

„Die Nr. 249 der Kommunistischen Arbeiter-Zeitung enthält einen Aufruf an die „Proletarier“, in dem sich u. a. folgende Stellen befinden:

„Zerschlagt alles, was Euch im Wege steht! ... Zertrümmert die Gewerkschaften und den bürgerlichen Staat, die demokratische Zuchthausrepublik! Durchbrecht das Gesetz des kapitalistischen Privateigentums! ... Errichtet den Rätestaat des revolutionären Proletariats. Handelt nach den Gesetzen des proletarischen Gemeineigentums! Es geht um Leben oder Tod. Das Ende des Privateigentums ist der Tod der Bourgeoisie! Der Tod der Bourgeoisie ist das Leben des Proletariats! Auf zum letzten Gefecht! Kommunisten vor die Front! Es lebe die Diktatur des Proletariats! Es lebe die Weltrevolution!“

Hierin liegt die Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze und zur gewaltsamen Beseitigung der republikanisch-demokratischen Verfassung des Reiches. Auf Grund der §§ 1 und 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. September 1921 (R. G. Bl. S 1271) verbiete ich deshalb das Erscheinen der Kommunistischen Arbeiterzeitung auf die Dauer von einer Woche, und zwar vom 27. November bis 4. Dezember 1921 einschließlich. Das Verbot gilt für das gesamte Reichsgebiet und umfaßt auch jede angeblich neue periodische Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt.

Gegen dieses Verbot ist die Beschwerde an den vom Reichsrat bestellten Ausschuß zulässig. Sie ist gemäß § 7 der erwähnten Verordnung durch meine Hand einzureichen und hat keine aufschiebende Wirkung. Der Beschwerdefrist wären 8 Stücke der beanstandeten Zeitungsnummer beizufügen.

Wegen des gleichen Aufrufs in Nr. 31 ist die Wochenschrift „Der Kampfruf“ mit gleicher Begründung für die Zeit vom 27. November bis 10. Dezember einschließlich verboten worden.

Die Parteidiktatur der Kommunisten.

In welch absolutistischer Weise die 3. Internationale von Moskau aus die deutsche K. P. D. regiert, geht aus Verhandlungen hervor, die in einer Sitzung des west-europäischen Sekretariats der kommunistischen Internationale, die anfangs dieses Monats in Hamburg stattfand, geführt wurden. Es wurde auf dieser Konferenz die Aufhebung der Kontrollkommission beschlossen, die bisher im Auftrage der Moskauer Internationale über die Köpfe der deutschen Kommunisten hinweg, die Befehlsgewalt der 3. Internationale verkörperte. Es soll an ihre Stelle in Zukunft ein Oberkommissar treten, der vom west-europäischen Bureau eingesetzt wird und auf sich allein die Befehlsgewalt vereinigen soll die bisher den Kontrollkommissionen oblag. Zum Oberkommissar in Hamburg wurde eine Kommunistin bestimmt. Ferner wollte die Konferenz den Bezirk Wasserkante der K.P.D. veranlassen, die bisher von Moskau finanzierte Hamburger Buchhandlung und Verlagsanstalt der Kommunisten Cahnbley zu übernehmen. Der Bezirk der K. P. D., der 25 000 Mitglieder hat, hat aber infolge Geldmangels dankend abgelehnt. Ferner hat das west-europäische Sekretariat beschlossen, von nun an eine Redaktionskommission einzusetzen, die den gesamten Inhalt aller von der K. P. D. zu vertreibenden Schriften vor Erscheinen zu prüfen hat. Die Hamburger Kommunisten verhielten sich etwas widerwillig und wollten von den Kompetenzen des west-europäischen Sekretariats nichts wissen. Es kam zum Ausdruck, die Mitgliedschaft sei die höchste Instanz. Da die Moskauer Vertreter sich auf solche kleinliche, bürgerlich-demokratische Verfassungsform nicht einlassen wollten, will der Hamburger Bezirk der K. P. D. sich nun bei dem Exekutivkomitee selbst beschweren.

Kommunistischer Schwindel.

Der „Klassenkampf“ brachte vor einiger Zeit freudestrahlend eine Meldung aus der „Roten Fahne“, die das Anwachsen der kommunistischen Bewegung in Schlesien zeigen sollte. Vom Bezirksparteisekretariat Görlitz wird dem „Vorwärts“ dazu geschrieben: Die „Rote Fahne“ meldete in Nr. 535, Morgenausgabe vom 23. November, einmal wieder einen großen Erfolg. In einem kleinen Dorfe Krauschwitz (Ober-Lausitz) sollen anläßlich einer KPD.-Versammlung von 46 Mitgliedern der SPD. 42 ihren Austritt erklärt haben! Weiter wird geschlußfolgert, daß nunmehr an Stelle der SPD.-Ortsgruppe eine KPD.-Ortsgruppe treten wird. — Wahrheit ist, daß in einer kommunistischen Versammlung am 17. November in Krauschwitz 36 Personen anwesend waren. Unsere SPD.-Ortsgruppe hatte 76 Mitglieder, davon 12 Frauen. Nach der eingegangenen Abrechnung sind 6 Abmeldungen und 14 Neuaufnahmen zu verzeichnen, so daß die Mitgliedschaft jetzt 84 beträgt. Eine KPD.-Ortsgruppe ist bis heute nicht vorhanden und von einer Neugründung auch nichts bekannt. Im Orte befinden sich einige Querulanten, die sich als Anhänger der Kommunisten bezeichnen, aber keine Beiträge zahlen, also indifferent sind. Wer unseren niederschlesischen Bezirk kennt, weiß, daß KPD. und USP. hier gänzlich abgewirtschaftet haben, und besonders das zeitweilige Auftreten der KPD. nur noch humoristisch genommen wird.

Epidemien in Petersburg.

Infolge der in Petersburg unerwartet früh eingetretenen kalten Witterung sowie durch den Zustrom einer beträchtlichen Menge von Flüchtlingen aus dem Wolga-Gebiet sind in Petersburg in den letzten Wochen epidemische Erkrankungen, insbesondere Flecksieberfälle aufgetreten, die einen beträchtlichen Umfang anzunehmen drohen. Von den Erkrankungen sind besonders die aus dem Hungergebiet ausgewanderten Flüchtlinge betroffen worden. Das deutsche Rote Kreuz hat deshalb auch in Petersburg die notwendigen Schritte für die Hilfsaktion eingeleitet. Der in Petersburg zurückgebliebene Teil der Hilfsexpedition des deutschen Roten Kreuzes soll zu diesem Zwecke ausgebaut werden. Die Nachlieferung von Medikamenten und die Entsendung eines weiteren Arztes ist in Aussicht genommen.

Ferner ist zwischen dem deutschen Roten Kreuz sowie dem Vertreter des Schwedischen Export-Konsortiet eine Vereinbarung dahin getroffen worden, daß künftig die Lebensmittel, die von schwedischen Spendern nach Rußland geschickt werden, durch Vermittlung der deutschen Roten-Kreuz-Expedition in Kasan an die von der Mißernte dort betroffene Bevölkerung im Namen der schwedischen Spender zur Verteilung gelangen.

Fremdenlegionäre, doch keine Gefangene.

Wolffs Büro verbreitet folgende Meldung: Die aus einer schlesischen Zeitung in andere deutsche Blätter übergegangene Nachricht, daß sich 600 deutsche Kriegsgefangene in französischen Strafbataillonen in Syrien befänden, ist unzutreffend. Die Nachricht gründet sich auf die angebliche Aussage von 20 solcher Kriegsgefangenen, die in Moskau eingetroffen sein sollen. Richtig ist, daß 20 deutsche Reichsangehörige Ende August aus Syrien in Tiflis angelangt sind. Die Mehrzahl hat den Heimweg über Moskau gewählt, während vier von ihnen auf dem Seeweg die Heimat erreicht haben. Die Vernehmung sämtlicher Flüchtlinge in Tiflis sowie der vier bereits in der Heimat angekommenen hat ergeben, daß es sich nicht um bisherige Kriegsgefangene, sondern um entflohene Fremdenlegionäre handelt. Anscheinend wird eine ganze Reihe von Fremdenlegionären deutscher Herkunft von der französischen Regierung bei in Syrien stehenden Verbänden dieser Truppe verwendet. Wenn diese Annahme zutrifft, haben sich die Beteiligten ihr Schicksal selbst zuzuschreiben.

Eine unmittelbare schriftliche Beantwortung der zahllosen, an amtliche Stellen gerichteten Anfragen, ob sich unter den angeblichen 600 Kriegsgefangenen bisher Vermißte befinden, ist leider nicht möglich.

Der Reichskanzler empfing gestern nachmittag in Anwesenheit des Reichspräsidenten die Mitglieder der Genfer internationalen Arbeitskonferenz, die zurzeit in Deutschland weilt, um sich einen Einblick in die durch die Zerstörungsforderungen der interalliierten Kontrollkommission geschaffenen Lage der Deutschen Werke zu verschaffen.

Verstärkte Wucherbekämpfung. Das Reichskabinett beendete seine Beratungen über die Teuerungsmaßnahmen. Die Gesetzesvorschriften werden verschärft, der Wucher und die Preistreiberei mit Gefängnis, Bloßstellung in der Presse und öffentlichem Anschlag bedroht, die Preisprüfungsstellen ausgebaut unter Hinzuziehung der Verbraucher und von Gewerkschaftsvertretern. Zur Besserung der Milchversorgung schlecht bedachter Gemeinden werden 400 Millionen noch im laufenden Jahre ausgeworfen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519211130-15/fragment/page=0003

Hallenser, trinkt Euer Freyberg-Bier!

KAFFEEHAUS
Knäusel
Rannischestr. 7 Tel. 4170 Straßenbahn 1, 2, 3
Ia Damenkapelle
Jeden Donnerstag Sonder-Abend!

Zirkus-Theater Merseburg
Dir.: A. Dechant.
Donnerstag, den 1. Dez., abends ½8 Uhr
Eine fromme Lüge.
Volksstück in 6 Bildern
von Fedwig Courthes-Mahler.

Deutscher Werkmeisterverband
Weissenfels.
Kollegen! Kein Werkmeister, kein Angestellter darf der
öffentlichen Werkmeister-Versammlung
am 2. Dezember abends 7 Uhr in Schumann Garten fernbleiben.
Redner: Verbandsbeamter Wilh. Schäfer a. Berlin.
Thema: Welche Aufgaben stehen bevor?
Kollegen! Sorgt für eine gute Versammlung!

Fussbälle.
Spezialität:
Prima Panzer-Kern-Chromleder
(chromlohgare Gerbung)
anerkannt erstklassig
Jungmann-Bälle,
Gummi-Blasen, pa.,
Faustbälle,
Schleuderbälle.
Fussballstiefel, Jugendstiefel, Rennschuhe, dauerhaft, billig.
Dress, Hosen, Stutzen, Schienbein- und Knieschützer, Hockey-Stöcke usw.
J. Schärer & Cie.,
Gr. Ulrichstrasse 40, I, Eingang Kaulenberg.
Solide Werte. Preisliste frei.

Oefen
in allen Ausführungen, schwarz und emailliert, zum Heizen und Kochen.
Kochherde, gußeis. Waschkessel,
Hanovera Patent-Gruden.
Christian Glaser.
Fernruf 6138. Gr. Klausstr. 24.

Die höchsten Tagespreise
erhalten Sie für alle Sorten
Felle, Lumpen, Knüllpapier, Zeitungen, Bücher, Skripturen, Altgummi, Knochen, Alteisen und Altmetalle
Domplatz 9.
Telephon 1577. Telephon 1577.

Uhren- und Goldreparaturen
gewissenh. persönl. Ausführung.
Billigste Preisberechnung.
Hermann Koch, Uhrmacher,
Gelegenheitskäufe in Pfännerschaft 1, Uhren u. Goldwaren.

Vereins-Anzeiger
zur
Bekanntgabe sämtlicher Veranstaltungen
der Sozialdem. Partei.
Bezirksverband Halle, Harz 42/44. Fernruf 6900.
Ferner für die dem Allgem. deutsch. Gewerkschaftsbunde angeschlossenen Gewerkschaften sowie der auf dem Boden der Arbeiterbewegung stehenden geselligen Vereine.

Liebenwerda. Freitag, den 2. Dez., abends 8 Uhr im „Gesellschaftshaus": Monatsversammlung. Der Vorstand.

Raundorf bei Leuchhammer. S.P.D. Freitag, den 2. Dez., abends 8 Uhr findet unsere fällige Mitglieder-Versammlung bei Wesenigk statt. Der Vorstand. J.A.: P. Kärbis.

Gr. Ulrichstraße 51. **Licht-Spiele** Fernspr. 4681.

Endlich der erwartete II. Teil
der von Max Mark verfaßten Filmschöpfung
Die Geheimnisse von Berlin —?
Der Titel des II. Teils, dessen
Erstaufführung morgen Donnerstag
stattfindet, lautet:

BERLIN II. Teil!
Die Weltstadt in Glanz u. Licht
Opfer der Weltkorzerne 6 Akte!
Die Hauptrolle gibt
Evi Eva in dezentem, von aller Uebertreibung freiem Spiel.

Die Persiflage des Weltkonzernfimmel's mit allen Schikanen und nachfolgendem Ruin auf die Sportbank lassen diesen Film als Spiegelbild unserer Zeit in beachtenswerter Weise aus dem Rahmen des Alltäglichen hervortreten.

Carl Auen spielt die männliche Hauptrolle recht **sympathisch**, während **Gerhard Ritterband** mehrere kleine Episoden **recht komisch** zu gestalten weiss.

Ferner das glänzende Lustspiel:
„Die Tänzerin auf dem Tugendpfad".
3 lustige **Akte** mit **Erika Glässner.**

Beginn 4.00, 5.45, 7.00, 8.45. Nur zeitiges Kommen sichert Platz.

Otto Katzula's Tuchhdlg
Krumpa bei Mücheln.
Anfertigung feinerer Herren- und Damen-Garderobe. Mod. Formen, gute Arbeit. Garantiert guter Sitz.

Gerstenschrot
preiswert
Gebr. Wege, Schillerstraße 1.

500 Mk. Belohnung
zahlen wir dem- oder denjenigen der Mitteilungen über den Verbleib eines Geschäftsgrades, Marke „Deutschland" Nr. 9805, machen kann. Besondere Kennzeichen: roter Rahmen, gerade Lenkstange
Hallesche Pfännerschaft
Aktiengesellschaft.

Reparaturen an **Uhren Golds und Silberwaren,** sowie **Schmuck.** Übernimmt bei o.d. Ausführ. zu normalen Preisen **H. Lerner,** Uhren-Reparatur-Werkstatt **Große Steinstraße 85.** gegenüber Partikierstraße.

Arbeiter-Samariterbund,
Kolonne Merseburg.
Donnerstag, den 1. Dezbr., abends 7½ Uhr, in der „Funkenburg" im kleinen Saal
Oeffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Zweck und Ziele des Arbeiter-Samariterbundes. Referent: Bundesgenosse H. Gramann.
2. Freie Aussprache.
Die Mitglieder, Gewerkschafts- und Sportgenossen, Interessenten der Samariterfache, sowie die hiesige Rote Kreuzkolonne sind hierzu freundlichst eingeladen.
Der Vorstand.
J. A.: Otto Hennig.
Im Anschluß Mitgliederversammlung.

Wärmflaschen
von 6.85 Mark an
Sobek,
Steinweg 45,
Große Ulrichstraße 9,
Reils raße 1.
Ammendorf: Bahnhofstr. 3,
Cöthen I. Anh.: Schalaunische Straße 8.

Stadt-Theater
Donnerstag, d. 1. Dez.
Anf. 7½, Ende n. 10 Uhr.
Schönheit u. Tugend
(Una cosa rara)
Singspiel v. V. Martin.
Freitag
Nichtöffentl. Vorstellung.

Gewerkschaftskartell Merseburg
Die ordentlichen Mitglieder-Versammlungen finden stets Donnerstag nach dem Ersten jedes Monats statt. Die nächste findet Donnerstag, den 8. Dezbr., 7½ Uhr, in der „Funkenburg" statt. Wir bitten dieses für alle zu beachten.
Der Vorstand.

Schäfte
auch bei Stellung des Materials, nach Maß fertige an.
Gummi-Absätze
Leder-Sohlen
Schuhmacher-Bedarfsartikel
F. Roch, Leipzigerstraße 11
Ecke Gr. Sandberg (Cafe Zorn gegenüber)

Besonders günstige Kaufgelegenheit
H. Platto, Herrenartikel
Geiststrasse 53
Trikotagen, Oberhemden, Krawatten, Damenstrümpfe.
Grosse Auswahl in Dauerwäsche.

Herren-Hüte
kaufen Sie am vorteilhaftesten bei
Franz Zenk
Stroh- und Filzhut-Fabrik
Halle a. S. Kleiner Berlin 1-2.
Fabrik-Niederlagen: Leipzigerstr. (Ecke Poststr. 1), Merseburgerstr. 161 (an der Königstraße).
Gegr. 1910.
Reparaturen
fachmännisch und preiswert in 8 Tagen.

Handschuhe
in Leder, Stoff und Seide für Damen und Herren.
Solide Qualitäten. Beste Verarbeitung.
C. Grötzner Inh. Ernst August Schmidt.
Große Stein-Straße 1, Ecke Gr. Ulrich-Straße.

Die Anmut der Frau
wird erhöht durch geschmackvolle moderne Kleidung. Jede Frau sollte deshalb mit einer so hilfsbereiten Freundin, wie der allbeliebten Beyers „Deutschen Moden-Zeitung" ihre Kleidung und die der Kinder selbst schneidern und durch schöne Handarbeiten für ein gemütliches Heim sorgen. Hunderte von Mark kann sie sparen durch die Ratschläge von
Beyers Deutsche Moden-Zeitung
Ausgabe A monatlich 2 Hefte mit Schnittbogen. Preis vierteljährlich Mark 15.00 und Porto.
Ausgabe B monatlich 2 Hefte ohne Schnittbogen. Preis vierteljährlich Mark 12.50 und Porto.
Abonnements zu pünktlicher Lieferung nimmt entgegen:
Buchhandlung der Volksstimme, Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519211130-15/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Bildungsausschuß der SPD. Heute, Mittwoch, abends 6 Uhr, Sitzung bei Wilsdorf. Vollzähliges Erscheinen notwendig.

Hallischer Gewerkschafts- und Vereinskalender.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen, Ortsgruppe Halle a. S. Unsere fällige Monatsversammlung findet am 1. Dezember d. J. in Wilsdorfs „Gesellschaftshaus“, Karlstraße, statt. Da sehr wichtige Tagesordnung, bitten wir um recht zahlreichen Besuch.

Halle und Saalkreisorte.

Halle, 30. November 1921.

Mein „Arbeiter-Notizkalender“.

Wenn jemand in mein Arbeitszimmer tritt, fallen ihm im Bücherregal 28 kleine grüne Bändchen auf.

„Was haben Sie denn da für eine Sammlung?“, so werde ich oft gefragt.

„Das sind meine Memoiren,“ antwortete ich dann wohl lustig, denn darin steht seit dem Jahre 1895 alles, was ich getrieben habe.

„Unmöglich; 28 Jahre? Und das haben Sie durchgehalten?“ „Das habe ich, mit Hilfe des „Arbeiter Notizkalenders“. Ich greife ein Büchlein heraus. „Sehen Sie, am 1. Mai 1904 habe ich einen Vortrag über den 1. Mai in Nürnberg gehalten, am 28. August bin ich aus der Heilstätte gekommen, am 29. von meinem Meister gemaßregelt worden.“ Der Besucher staunt. Ich hole das Bändchen von 1899 heraus.

„Hier, an dem Tage wurde uns die erste Tochter geboren, hier sehen Sie alles, von dem Namen der Hebamme bis zur Stunde der Geburt.“ „Aber das ist ja ganz vorzüglich.“

„Besser noch ist die Statistik über Einnahmen und Ausgaben, da habe ich eine fortlaufende Kontrolle und ein persönliches wirtschaftliches Jahrbuch.“

„Dazu gehört aber eine große Energie, das bald 30 Jahre aufrechtzuerhalten.“

„Aber es macht sich gut bezahlt. Sie haben hier Ihr Gedächtnis, Ihr Gehirn gewissermaßen eingebunden vor sich stehen. Sind Sie über etwas im unklaren, greifen Sie zum Notizkalender.“

Meine Frau ist ins Zimmer getreten.

„Zum Beispiel,“ sage ich, sie lustig anblinzelnd, „wenn meine Frau behauptet, ich sei früher öfter mit ihr ausgegangen und überhaupt viel lieber gewesen, dann greife ich meinen Kalender heraus und beweise ihr schwarz auf weiß, daß dies nicht stimmt. Sehen Sie hier diese Kreuze?“

Der Besucher nickt.

„Nun, jedes dieser Kreuze bedeutet ....?“

Aber meine Frau läßt mich nicht weiter reden — sie sagt: „Ich beschwere mich doch garnicht, leg doch den Kalender weg“.

„So ist alles im Handumdrehen bewiesen. Aber das beste ist doch die Fülle von Stoff in den Kalendern. So finden Sie für 1922 einen höchst zeitgemäßen Aufsatz des Genossen Knoll über das „Siedlungswesen“, sowie auch eine Würdigung der Kulturbestrebungen der Arbeiterschaft. Der gewerkschaftliche und politische Teil ist wesentlich ausgebaut worden. In großen eindrucksvollen Ziffern tritt überall die Fortentwicklung der Verbände des deutschen und internationalen Proletariats hervor. Neu ist in diesem Kalender ein gut durchgearbeiteter politischer und wirtschaftlicher Teil, der von den furchtbaren Folgen des Krieges und dessen ungeheuren Blutopfern, von der alles überschwemmenden Papiergeldflut und dem Sinken des Nationalvermögens, von dem erschreckenden Wahnsinn der Volksverschuldung und dem lawinenartigen Anschwellen der Lebensmittelpreise redet. Das sind Ziffern von durchschlagender agitatorischer Kraft, Ziffern, die jeder Genosse im politischen Kampf gegen die Feinde der Arbeiterklasse haben muß. Das Adressenmaterial aus Partei und Gewerkschaft ist ebenfalls bedeutend erweitert. Der „Arbeiter-Notizkalender“ erscheint sonach unentbehrlich für männliche und weibliche Arbeiter, Angestellte, Beamte. Sein handliches Format und der geschmackvolle feste Einband macht ihn zum täglichen Gebrauch geeignet.

Mein Besucher ist nun überzeugt, daß ein solcher Kalender unentbehrlich ist, er geht hin und kauft sich ihn für 4,50 M. in der Parteibuchhandlung.

Dachdeckerzeitung vom 12. November d. J.

Die billigste Straßenbahnfahrt 1 Mark. Wie die bürgerliche Presse zu berichten weiß, steht die Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise bevor. In den darüber stattgefundenen Beratungen soll beschlossen worden sein, die Fahrpreise, die bisher je nach Anzahl der Teilstrecken 80 Pf., 90 Pf. und 1 Mk. betrugen, auf 1 Mk., 1,20 Mk. und 1,50 Mk. zu erhöhen. Die Monatskarte soll statt bisher 70 Mk. künftig 100 Mk. kosten. Ueber den Zeitpunkt, wann diese Erhöhungen voraussichtlich in Kraft treten sollen, verlautet noch nichts.

Wiederaufbau in Nordfrankreich.

Unter der Ueberschrift „Die Geleimten“ bringt die „Allgemeine Zeitung für Mitteldeutschland“ vom 9. November eine hämische Notiz, die sich mit den Wiederaufbauverhandlungen deutscher Gewerkschaften in Frankreich beschäftigt. Man sieht es dieser Notiz an, daß sie aus Kreisen stammt, die den Aerger darüber nicht verwinden können, daß sie nicht mit dabei waren. Auch in Berliner Blättern waren ähnliche Ausbrüche der Verstimmung zu lesen. Nur war dort offen gesagt, bezw. erkennbar gemacht, daß die Einsendung von den „christlichen Gewerkschaften“ stammt, die nun böse darüber sind, daß nicht sie, sondern der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Bund der technischen Angestellten und Beamten von den Franzosen als die allein in Betracht kommende Vertretung der deutschen Arbeiter und Technikerschaft betrachtet und demgemäß zu Verhandlungen mit den Sinistrés (den Geschädigten) eingeladen worden sind. Das hindert aber durchaus nicht, um das Ergebnis dieser Verhandlungen zu begrüßen. Es gipfelt vor allem darin, daß die Sinistrés und ihre Organisation sich der Verwendung deutscher Arbeiter beim Wiederaufbau eines Teiles von Nordfrankreich — hier handelt es sich zunächst nur um die Wiederherstellung von 11 völlig vernichteten Dörfern im Gebiete der Sommeschlacht — nicht mehr widersetzen, sondern die Bereitwilligkeit der deutschen Gewerkschaften zur Mitarbeit heute gern annehmen.

Die „Deutsche Techniker-Zeitung“, das Organ des Bundes der technischen Angestellten und Beamten, schreibt darüber und wir stimmen dem zu: „Das Entscheidende bei diesen Beratungen ist augenblicklich nicht, daß dabei sofort ein in allen Teilen ausführungsreifes Projekt zustande kommt, sondern die Tatsache, daß deutsche Arbeiter- und Angestelltenvertreter Auge in Auge mit den Geschädigten in Frankreich selbst und innerhalb der Trümmerstätten verhandeln konnten und dabei von ihnen in einer Weise aufgenommen und behandelt wurden, die keine Spur von Haß, sondern nur noch den Geist brüderlichen Verstehens und guten Willens auf allen Seiten erkennen ließ. Es ist vielleicht charakteristisch für die Stimmung der Einwohnerschaft, daß die Deutschen bei ihrer Fahrt durch die „rote Zone“ in Estrées von einer Frau, die im Kriege ihren Sohn verloren hatte und deren Mann vor kurzem erst in der von ihr bewohnten Wellblechbaracke des Wohnungselends starb, besonders herzlich begrüßt wurden. Hier stand den Deutschen nicht die haßsprühende Französin gegenüber, wie sie die deutschnationale Presse zeichnet, sondern ein unglücklicher Mensch, der Hilfe von Menschen hofft und sie mit Dank annimmt, auch wenn sie aus einem Lande kommt, welches die französische nationale Presse als Hort alles Bösen denunziert. Auch in Villers-Carbonel, dem Stützpunkt der Sinistrés dieses Gebietes, wurden die Deutschen ebenso freundlich empfangen. Hier wirkt eine landwirtschaftliche Genossenschaft durchaus gemeinwirtschaftlich, deren Führer, Direktor und Bürgermeister, Bienville, mit Stolz die von ihm geschaffenen Einrichtungen, wie Kinderhort, Versammlungsraum, die von einer Schwester geleiteten sanitären Anlagen, einen Musterstall aus im Felde aufgelesenen Wellblechstücken usw. zeigte. Es zeugt sicher auch für den guten Sinn der Bevölkerung, die ihre individuellen Wünsche hinter das Gemeininteresse zurücktreten läßt, wenn es möglich war, den gesamten Felderbesitz ohne Rücksicht auf Sonderinteressen einzustellen und jedem ein seinem früheren Besitz entsprechendes zusammenhängendes Stück Land zuzuteilen.

Die am 2. November stattgefundene Aussprache der Vertreter der C. G. T. der Ustica und Sinistrés mit dem Minister Loucheur, an welcher auch die deutsche Delegation teilnahm, ließ bei aller ministeriellen Formlichkeit doch erkennen, daß auch in Frankreich die Stimme des Volkes nicht dauernd unbeachtet bleiben kann. Loucheur, der ursprünglich das Gebiet der 11 Dörfer überhaupt nicht mehr bebauen, sondern aufforsten lassen wollte, mußte in dieser Frage sich schon einmal dem Willen der bodentreuen Bevölkerung beugen, und wenn er heute, wie Pariser Blätter melden, von jedem einzelnen Sinistré die unterschriebene Erklärung verlangt, daß dieser mit der Verwendung deutscher Arbeiter beim Aufbau seines Hauses einverstanden ist, so wird er die gewünschte Erklärung sicher und schnell bekommen.

Das Volk, das auf dem Boden der Sommeschlacht in Höhlen, Blechbaracken und Bretterhütten lebt, ist des Haderns müde. Es will den wahren Frieden und sieht im kommenden deutschen Arbeiter, der soeben mit dem ersten in Viller-Carbonel bezugsfertig gewordenen Musterholzhauses eine Probe seines Könnens abgelegt hat, nicht mehr den ehemaligen Feind, sondern den künftigen Bruder. Heute sind es die Bewohner des Departements Somme, bald werden es die Menschen um Verdun, Arras und Reims, bald wird es das ganze arbeitende Volk Frankreichs sein, das zusammen mit den deutschen Arbeitern und Angestellten den gemeinsamen Kampf gegen den internationalen Militarismus und Kapitalismus führt, der nicht nur die tiefste Quelle des Krieges ist, sondern auch den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete bis heute verhindert hat.“

Es ist also in der Tat eine sehr erhebliche Bresche in den französischen Vernichtungswillen gelegt worden. Die Gewerkschaftsführer, denen es gelang, das zu vollbringen und die Brücke zu einem nicht unerheblichen Teil des französischen Volkes schlagen konnten, verdienen Dank. Es kennzeichnet nun die geistige Einstellung der „Allgemeinen Zeitung“, wenn sie diese Verhandlungen als Schwindel bezeichnet und dann schreibt, daß die Franzosen gar nicht daran denken, das gemachte Anerbieten der Deutschen anzunehmen. Diese haben nicht zum Vergnügen die Reise nach Paris gemacht, sondern sie sind dorthin gerufen worden. Darüber, daß Deutschland die erforderlichen 1000 bis 1200 Bauarbeiter nicht entbehren kann, braucht sich das reaktionäre Blatt — dem eben die Verständigung nicht paßt — keine Sorge zu machen. In den 250 sozialen Baubetrieben, die heute bereits 25 000 Bauarbeiter beschäftigen, werden sich schon genügend tüchtige und zuverlässige Leute finden, denen es darauf ankommt, durch Arbeit dem Frieden zu dienen. Haß und immer wieder neuen Haß zu säen bleibt den Hetzblättern vom Schlage der „Allgemeinen Zeitung“ hüben wie drüben überlassen. Die Völker wollen den Frieden und nie wieder Krieg.

Schwurgericht.

Betrügerischer Bankerott.

Der Kaufmann Gustav D. aus Klostermansfeld hat schon verschiedene Gründungen in seiner Heimat ins Leben gerufen, die sich nachher als unrentabel herausstellten und liquidiert werden mußten. So ging es ihm wieder in diesem Jahre. Als aber auf Antrag eines Gläubigers über sein Geschäft der Konkurs eröffnet wurde, war der Angeklagte schon mit den vorhandenen Barmitteln, die sich auf zirka 50 000 Mark beliefen, verschwunden, angeblich, um bei Exportgeschäften sich wieder zu sanieren. Er fuhr damals nach Westfalen und nahm zum Ueberfluß noch seine — — Stenotypistin mit. Bei einer Kahnfahrt kippte das Boot und ein Bekannter redete dem Angeklagten nun zu, er solle erklären, er habe das unter die Konkursmasse fallende Geld verloren. Dies tat er, wurde aber bei dieser Tat ertappt und verhaftet.

Die Geschworenen sprachen ihn „Schuldig“: darauf wurde der Angeklagte zu 8 **Monaten Gefängnis** verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 10 Monate Gefängnis beantragt.

Ergänzungswahlen zur Handelskammer.

Die Handelskammer zu Halle weist unter Bezugnahme auf die Mitteilung in Nr. 10 ihrer Monatsschrift darauf hin, daß die Wahlen zur Handelskammer in der ersten Hälfte des Dezember stattfinden dürften.

Die Auslegung der Wählerlisten und die Bekanntgabe der Wahltermine wird in den Tageszeitungen der einzelnen Wahlbezirke veröffentlicht.

Im 1. Wahlbezirk (Stadtkreis Halle und Saalkreis) liegen die Wählerlisten in der Zeit vom 28. November bis einschließlich 2. Dezember im Bureau der Handelskammer, Franckestraße 5, I, öffentlich aus.

Sonderunterstützung für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene des Saalkreises aus den vergangenen Kriegen.

Dem Kreiswohlfahrtsamt des Saalkreises stehen zur dringendst notwendigen Anschaffung von Heizstoffen, Kartoffeln und Winterkleidung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen in beschränktem Umfange Geldbeträge aus Mitteln des Reiches zur Verfügung. Die Unterstützung kann nur für die vorgemerkten 3 Unterstützungszwecke verausgabt werden und zwar sind bezugsberechtigt:

a) alleinstehende Kriegerwitwen und Kriegsbeschädigte, soweit sie arbeitsfähig und unter 50 Jahre alt sind und ihr Gesamtmonatseinkommen ausschließlich Rente nicht mehr als 300 M. beträgt,

b) alleinstehende erwerbsunfähige, d. h. mehr als 66⅔ Proz. erwerbsbeschränkte Kriegerwitwen oder solche, die über 50 Jahre alt sind und ein Gesamtmonatseinkommen ausschließlich Rente von nicht mehr als 600 M. haben,

Kleines Feuilleton.

Ernst Toller und sein neues Werk.

Als ich Toller einmal oberflächlich sah, dann mit Bekannten, die ihn näher kannten, über seine Charakteranlage sprach, da wurde mir bestätigt, daß dieser Mensch zwar eine gewisse Posiertheit, also Schlacken der Bürgerlichkeit nicht verleugnen kann, daß aber der wesentliche Zug seines Wollens doch mit dem zusammenpaßt, was er zur Ueberwindung der verrotteten Gesinnung und moralischen Zweiseitenstellung will. Auch sein dramatisches Werk ist von dieser Art. Die „Wandlung“ hatte viel dieses Zwiespaltes, sie ist von einer „Ich“-Passion; doch im tiefsten Kern bricht das hervor, was überindividuell zu einer neuen Gesinnung strömt. Noch ein größeres Vorwärts hat aber jetzt das Schauspiel „Masse Mensch“, das seit längerer Zeit die Berliner Volksbühne auf dem Spielplan hat. Weniger Kunstwerk als die „Wandlung“, aber ein inbrunstträchtiges Bekenntnis. Und dann wieder dem Kunstwerk sich nähernd, das dem Dichter Toller gemäß ist. Er hat am eigenen Leibe erfahren, was es heißt, sich in den Dienst einer Idee zu stellen, diese Idee dann ganz verkehrt zu sehen und durch sie leiden zu müssen. Im Gefängnis hat er dieses Bekenntnisdrama geschrieben. Mit keinem Deut ist er von dem abgewichen, was seine Gesinnung ihm vorschreibt. Er fühlt mit der Masse und es ist ein schönes und menschliches Dichtertum, wenn er gerade dem Menschen die Schuld zuschreibt, der zu einem reinen Menschentum vorstoßen will. Zur „Masse Mensch“ aber gehört es bei ihm, daß sie mit kleinlichem Rachegefühl beginnt, daß sie noch auf der negativen Seite des Weges bleibt. Einmal wird sie doch, und dann ganz gewiß geläutert, ans Licht der endlichen Offenbarung in die Welt treten.

Die Volksbühnenaufführung in Berlin unter Jürgen Fehlings Regie war flammend und konzentriert. Mitreißend war der Zusammenklang der Masse in seinem fanatischen Glauben und seiner geblendeten Not. Mängel in Einzelheiten verloren sich in diesem überwältigenden Hauptthema. **Brattskoven.**

Der Vorleser in der Zigarrenfabrik.

Ein Beruf, den es bei uns nicht gibt, der aber vollserzieherischen Wert und auch eine gewisse Romantik besitzt, ist der des Vorlesers, wie er sich in den großen Zigarrenfabriken von Havanna herausgebildet hat. Die dortigen Zigarrenarbeiter verschönern sich ihre eintönige und den Geist wenig in Anspruch nehmende Tätigkeit damit, daß sie einen Vorleser anstellen, den sie selbst bezahlen. Durch Abstimmung wird der Stoff ausgewählt, den er ihnen vorlesen soll. Bisweilen besteigt auch ein kubanischer Abgeordneter die Rednertribüne des Fabriksaales und hält einen Vortrag. Aber das sind Ausnahmen. Im allgemeinen ist der Vorleser ein Student, der sich auf diese Weise zum Besuch der Universität etwas dazu verdient. Nach einem leichten Frühstück von Brot und Kaffee ist der Zigarrenarbeiter in Havanna um 7 Uhr an seiner Arbeitsstelle, und schon hat auch der Vorleser auf seinem Podium Platz genommen, mit einem Haufen der eben erschienenen Zeitungen bewaffnet. In dem wiegenden Rhythmus der kubanischen Sprache liest er nun die neuesten Nachrichten vor, die Kritiken über das neueste Stück des Nationaltheaters, die Ergebnisse der jüngsten sportlichen Veranstaltungen, die neuesten Ereignisse an der Börse, die politischen Vorgänge in Europa und im fernen Osten und den Leitartikel des Chefredakteurs, der zu dem allen Stellung nimmt. Ruhig und schweigend wählen unterdessen die Arbeiter ihre Tabakblätter, rollen sie, formen sie und gestalten sie zur Zigarre. Um 11 Uhr tritt die Mittagspause ein, und am Nachmittag ist dann ein anderer Vorleser zur Stelle, der jetzt „höhere Literatur“ vermittelt. Da wird aus guten Romanen vorgelesen, aber auch aus wissenschaftlichen Werken, und besonders beliebt sind Bücher geschichtlichen, nationalökonomischen und allgemein politischen Inhalts. Das größte Entzücken erregen aber die Vorträge von Dichtungen. Kein anderes Volk vielleicht liebt so das Rezitieren von Versen, und so hat man sich für diese Zwecke einen besonderen Vortragskünstler gesichert, der das Zigarrendrehen durch den Glanz der Poesie verklärt.

Heiteres.

Der ungläubige Elementarist.

In der ersten Schulwoche wird ein Bild aufgehängt, auf dem ein Storch mitabgebildet ist. Der Lehrer sagt: „Das ist der Storch, der die kleinen Kinder bringt“. Am anderen Tage soll ein kleiner Knabe mit dem Stock alles zeigen und nennen, was auf dem Bilde steht. Er kann es auch sehr gut. Nun kommt er zum Storch. Er sagt:

„Das ist e Storch.“
„Was macht der?“
„Der legt Eier.“
„Was macht er noch?“

Der kleine Schlaumeier sieht den Lehrer schelmisch an und sagt: „Ich waß schoh, was du gesogt host, das macht 'r ob'r nett.“

*

Warum? Der Chef einer größeren Firma, ein etwas hitziger Mann, hatte einmal Ursache — oder glaubte, eine solche zu haben — einen seiner Kommis wegen eines begangenen Fehlers zur Rede zu stellen. Der Kommis versuchte sein Verhalten zu erklären, der Chef aber schnitt ihm kurz das Wort ab mit der Frage: „Herr, sagen Sie einmal, sind Sie hier der Chef oder bin ich es?“ — „Natürlich bin ich das nicht“, gab der Kommis zu. — „Nun, wenn Sie nicht der Chef sind, wie können Sie da solch unsinniges Zeug reden?“ —

*

Kundenhumor. Es klopfte, und die Frau öffnete. Draußen stand ein zerlumpter Vagabund.

„Ein armer Reisender bittet um eine kleine Gabe.“

Die Frau gab ihm einen Fünfziger.

„Tausend Dank! Ich bin nämlich unterwegs nach Italien, gnädige Frau. Ich habe einen großartigen Gedanken, wie ich mein Glück machen kann.“

„Was wollen Sie denn tun?“

„Na ja, ich will die Asche sammeln, die der Vesuv auswirft.“

Die Frau sah ihn mißtrauisch an.

„Was, um Himmelswillen, wollen Sie denn mit der Asche machen?“

„Ja, sehen Sie, ich will sie auf ein Schiff laden und nach dem Nordpol fahren und sie da ausstreuen, damit die Forschungsreisenden nicht auf dem Eis ausrutschen. — Na ja — und tausend Dank für den Fufziger, liebe Frau!“

Die Tür flog heftig ins Schloß.

*

Kinder unserer Zeit. Fritzchen wird vom Vater gefragt, was er lieber zu Weihnachten haben möchte, ein Brüderchen oder ein Schwesterchen. „Ach“, meint Fritzchen, „wenn's Dir egal und auch der Mutter nicht zu unangenehm ist, möchte ich lieber ein Schaukelpferd“. —

Ein großer Gedanke voll Schöpferkraft
Wirkt sonnenhaft —
Steigt in leuchtender Pracht
Aus dem Schoße der Nacht
Wie das Frührot auf,
In feurigem Lauf
Alles entzündend
Und der Welt einen neuen Tag verkündend,
Mit reifenden Saaten und mächtigen Taten,
Hoher Enthüllung und froher Erfüllung.

Friedrich Bodenstedt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519211130-15/fragment/page=0005

e) bei Witwen und Kriegsbeschädigten werden dem Monatseinkommen für das 1. Kind 300 M., für das 2. Kind 200 M. und für jedes weitere Kind 100 M. hinzugerechnet.

d) Kriegseltern, d. h. solche, die Kriegselternrente beziehen wenn ihr Gesamtmonatseinkommen ausschließlich Rente nicht mehr als 300 M. für den Elternteil beträgt,

e) ledige Kriegsbeschädigte, welche keinem Erwerb nachgehen können und pflegebedürftig sind bis zu einem Monatseinkommen von 700 M. ausschließlich Rente,

f) alle Kriegsblinden ohne Rücksicht auf ihr Monatseinkommen,

g) verheiratete, kinderlose Kriegsbeschädigte, welche keinem Erwerb nachgehen können und pflegebedürftig sind bis zu einem Monatseinkommen ausschließlich Rente von 1000 M.,

h) verheiratet aber kinderlose Kriegsbeschädigte, denen ein Erwerb möglich ist, bei einem Monatseinkommen bis zu 800 M. ausschließlich Rente.

Dem Einkommen ist der Geldwert von Deputat und sonstigen Einahmen in jedem Falle hinzuzurechnen. — Antragsformulare sind bei den Ortsbehörden in Empfang zu nehmen. Die Anträge selbst sind durch das zuständige Wohlfahrtsamt bis spätestens 5. Dezember 1921 einzureichen.

—

Die Reichsbanknoten zu 50 Mark vom 30. November 1918 (kenntlich an dem Oval auf der Vorderseite und an der hellbraunen Farbe — sogenannte Bilderrahmen-Note —) sollten von den Reichsbankstellen bis zum 31. Januar 1921 und von der Reichsbankhauptkasse in Berlin noch bis zum 31. Juli 1921 eingelöst werden. Trotzdem die Reichsbank seit letzterem Tage zur Einlösung dieser Banknoten in keiner Beziehung mehr verpflichtet ist, hat sie doch noch in besonderen Ausnahmefällen, in denen die Unmöglichkeit einer rechtzeitigen Vorlegung der Noten — wie z. B. in Erbschaftsangelegenheiten — nachgewiesen wurde, einen Umtausch dieser verfallenen 50-Mark-Noten bei ihrer Berliner Hauptkasse vorgenommen. Sie macht nunmehr darauf aufmerksam, daß auf eine Fortsetzung dieses Entgegenkommens über den 31. Dezember 1921 hinaus nicht zu rechnen sein dürfte, und empfiehlt dringend, die Geldbestände sorgfältig nachzuprüfen und etwa noch vorhandene 50 Mark-Noten genannter Art unverzüglich der Reichsbankhauptkasse in Berlin unter Nachweisung der Unmöglichkeit einer rechtzeitigen Vorlegung zum Umtausch einzureichen.

Kennzeichnung der Postschalter. Um die Postschalterbesucher mehr als bisher in den Stand zu setzen, den gesuchten Schalter ohne Zeitverlust und Auskunftseinholung leicht auffinden zu können, hat die Postverwaltung, einer Anregung aus Versenderkreisen folgend, zunächst versuchsweise die Einrichtung getroffen, die Hauptschalter größerer Postanstalten gleichmäßig durch farbige Zettel mit kurzem Schwarzaufdruck äußerlich zu kennzeichnen. Verwendet werden vorerst vier Zettel mit dem Aufdruck „Wertzeichen", „Einzahlungen", „Ausgabe" und „Telegramme", die oberhalb der Schalterfenster neben den bisher vorhandenen Schildern angebracht werden.

Stadttheater. Heute, Mittwoch abend — Anfang 6 Uhr — gelangt Richard Wagners „Tristan und Isolde" zur Aufführung. Donnerstag 7½ Uhr „Schönheit und Tugend" (Una cosa rara) Singspiel von Vincenzo Martin. Freitag nichtöffentliche Vorstellung. Sonnabend „Meine Frau — das Fräulein". Sonntag nachmittag Volksvorstellung „Zwangseinquartierung". Sonntag abend „Traviata", Oper in vier Aufzügen von G. Verdi.

Freie Volksbühne. Für die jugendlichen Angehörigen der Mitglieder der Freien Volksbühne werden in der Geschäftsstelle Karten zu 1 Mark für die beiden Stadttheateraufführungen am 2. und 6. Dezember (Thoma: „Magdalena") ausgegeben.

Freie Volksbühne Halle. Thalia-Theater. College Crampton. Spieltag N: Mittwoch, den 30. November. Des Meeres und der Liebe Wellen. Spieltage: A: Donnerstag, den 1., B: Sonnabend, den 2., C: Mittwoch, den 7., D: Freitag, den 9., E: Montag, den 12. Dezember.

Grundlagen des Liebeslebens.

Im mäßig besuchten Thaliasaal sprach der Sexualforscher Freiherr v. Reitzenstein in Fortentwicklung seiner Vortragsreihe über „Grundlagen des Liebeslebens". Klar schälte er heraus, wie unser ganzes Geschlechtsleben von der inneren Sekretion, den mehr oder minder starken und wirksamen Säften der Drüsen des menschlichen Körpers bestimmt ist. Wie stark der Einfluß dieser Drüsen ist, geht daraus hervor, daß Verlust der Schilddrüsen zum Kretinismus, daß allzustarke Wirksamkeit der Hypophyse, einer Drüse im Gehirnfortsatz, den sogenannten krankhaften Riesenwuchs und die Verminderung erotischer Empfindung herbeiführt, während andrerseits die Nebenniere für die Steigerung des Geschlechtsempfindens wirkt. Der Einfluß der Drüsen im menschlichen Körper verwischt die klare Scheidung zwischen Mann und Weib. Die krankhafte Steigerung dieser oder jener Sekretion führt zu einer Art „Zwischengeschlecht", Männern mit weiblichem Geschlechtsempfinden, Frauen mit stark männlichem Einschlag. Die Homosexualität reiht sich in diese Erscheinungen. — —

Nach allen diesen Feststellungen räumt der Redner unter starkem Beifall mit dem Mißbrauch des Wortes „Liebe" auf. Er will die geschlechtliche Sympathie als alleinige Liebe aufgefaßt wissen; alles andere sei Freundschaft, die zweifellos ein hohes Ideal darstelle, aber für die Natur nicht schöpferisch tätig sei. Den Gegnern des „Reigens" rückte der Redner herzerquickend zu Leibe. Als er erklärte, nicht die Befürworter, sondern die Gegner dieses Werkes, die jungen Leuten Freibilletts gaben, damit sie an dem „Reigen" Anstoß nahmen und Stinkbomben warfen, seien die Vergifter des deutschen Volkes, spendeten die Zuhörer starken Beifall.

Die Lichtbilder waren gut, das Publikum trotz langer Dauer des Vortrages sehr aufnahmefreudig. Es ist zu wünschen, daß der nächste Vortrag des Redners über die „Abstammung des Menschen, einen größeren Besuch aufweisen wird. H—r.

Landbund und Steuereinschätzung.

In ganz ungenierter Weise versucht der Landbund die Steuereinschätzung zu beeinflussen, natürlich nur in dem Sinne der Steuerdrückebergerei. Uns liegt ein Rundschreiben des Landbundes Saalkreis vom 24. November 1921 vor, welches der Landbund jedem Mitgliede des Steuerausschusses für den Saalkreis zugesandt hat, um die se in seinem Sinne zu beeinflussen. Das Schreiben ist so bezeichnend für die agrarische Steuermoral, daß wir es hier zur Kenntnis der Oeffentlichkeit bringen.

Landbund „Saalkreis"

Halle a. S., den 24. November 1921,
Frankestraße 8, I.

In Sachen
betr. Einkommensteuer 1921

sind die Mitglieder des amtlichen Steuerausschusses für den Saalkreis vom Finanzamt Halle-Saalkreis aufgefordert worden, sich bis zum 26. November 1921 gutachtlich zu äußern über Ernteerträge, Erntepreise und darauf fußend über das landwirtschaftliche Reineinkommen für das Kalenderjahr 1921, das für die nicht buchführenden Betriebe zugrunde gelegt werden soll.

Um den Steuerausschußmitgliedern ihr Gutachten zu erleichtern, aber auch um zu verhinderen, daß Angaben aufs Geratewohl gemacht werden und wie es vorgekommen ist, große Ausgabeposten, wie Gespannhaltung, Saatgutkosten überhaupt übersehen werden zum Nachteil der Landwirtschaft, überreichen wir anliegend eine

Reinertragsaufstellung

als Muster.

Die darin angesetzten Ernteerträge und Erntepreise sollen vom Finanzamt als Grundlage anerkannt sein. Die Ausgaben aber sind aus der Praxis entnommen und halten nach Ansicht zahlreicher Niemburger Landwirte jeder Nachprüfung stand.

Wir bitten, die Aufstellung in ihrer Form ungefähr als Muster zu verwenden, selbstverständlich unter Eintragung derjenigen Angaben, die nach Ihrer Ueberzeugung für den dortigen Bezirk maßgebend sind, und die natürlich mindestens geringfügige Abweichungen enthalten werden. Mit einem schablonenmäßigen Einsetzen derselben Zahlen ist dem Finanzamt nicht gedient.

Die Spezifizierung der mit 600 M. je Morgen angesetzten „allgemeinen Unkosten" liegt ebenfalls bei.

Die Abgabefrist für die Gutachten muß eingehalten werden, da sonst die Gefahr besteht, daß über die Köpfe der Landwirtschaft hinweg ein höheres Pauschalreineinkommen festgesetzt wird.

2 Anlagen.

Mit Landbundgruß
i. V.: Kirchhoff.

Steuerveranlagungsberechnung für das Jahr 1921
für einen Landwirtschaftsbetrieb von 100 Morgen Boden 3. Klasse.

1. Einnahme aus Ertrag der Bodenfläche mit gemischtem Anbau.

Fruchtart	Zahl der Morgen	Durchschnittsertrag pro Morgen	Durchschnittspreis pro Ztr.	Gesamtzahl der Ztr.	Gesamteinnahme Mark
Zuckerrüben .	15	100	25	1500	37 500
Futterrüben .	3	125	5	375	1 875
Weizen . . .	15	11	160	165	26 400
Roggen . . .	15	8,5	145	127,5	18 847,50
Gerste . . .	16	9	180	144	25 920
Hafer . .	12	9	140	108	15 120
Kartoffeln .	8	40	50	320	16 000
Klee . . .	3	17	45	51	2 295
Luzerne . . .	10	20	60	200	12 000
Erbsen . . .	3	7	180	21	3 780
	100 Morgen				Mk. 159 377,50

2. Unkosten je Morgen.

1. Dünger	Mk. 223
2. Selbstkosten	„ 126
3. Deputat	„ 56
4. Gespannkosten	„ 280
5. Allgemeine Unkosten	„ 600
je Morgen	Mk. 1285
Einnahme pro Morgen	Mk. 1593
ab Unkosten pro Morgen	„ 1285
bleibt Reinertrag	Mk. 308

3. Unkostenberechnung.

1. Düngerausgabe.

a) Getreide 58 Morgen
1 Ztr. Stickstoff = 150 M
½ „ Superphos = 75 „
225 M
bei 58 Morgen 13050 M

b) Rüben 18 Morgen
3 Ztr. Stickstoff und
1 Ztr. Kali = 490 M
bei 18 Morgen 8820 „

c) Kartoffeln.
1 Ztr. Kali = 40 M
bei 11 Morgen 440 „
22310 M

im Durchschnitt = 223 M je Morgen.

2. Saatgutkosten.

a) Getreide 58 Morgen
1 Morgen 80 Pfd. je 1.50 = 120 M
bei 58 Morgen 6960 M

b) Futterrüben 3 Morgen
je 100, 1 Morgen 30 Pfd. je 5 M = 150 „

c) Kartoffeln
11 Morgen je 10 Ztr. je 50 M = 5500 „
12610 „

im Durchschnitt = 126 M je Morgen.

3. Deputatswert.

19 Ctr. Getreide je 150 M = 2850 M
¾ „ Erbsen je 180 „ = 135 „
60 „ Kartoff. = 1½ Mg. je 40 M = 2400 „
½ Mg. Luzerne 5 Ztr. je 60 „ = 300 „
3685 M

im Durchschnitt = 56 M je Morgen.

4. Gespannkosten.

4 Pferde tägl. 30 Pfd. Hafer = 365 Tg.
= 109,5 Ztr. je 140 M = 15120 M
Heu tgl. 50 Pfd. = 182,5 Ztr. je 60 = 10950 „
26070 M

im Durchschnitt 260 M je Morgen, dazu Abschreibung 10 Proz. von 20000 M = 20 M
— 280 M je Morgen.

Einzel-Aufstellung

des Ausgabepostens: Allgemeine Unkosten für die Steuerveranlagungsberechnung einer Niemberger Landwirtschaft von 100 Morgen für 1921.

Ausgaben			Ausgaben:		
1	Löhne	M 23 215,—	1.	Löhne	M 20 125,—
2.	Handwerker-Rechn.	„ 14 735,—	2	Handwerker-Rechn.	„ 14 340,—
3.	Geb.-Repar.	„ 16 815,—	3	Geb.-Repar.	„ 14 361,—
4.	Feuerver.	„ 1 200,—	4	Feu.-vers.	„ 1 255,—
5.	Haftpflichtvers.	„ 143,75	5	Haftpflichtvers.	„ 115,—
6.	[illegible]	„ 960,—	6	Pferdevers.	„ 1 021
7.	Hagelversicherung	„ 3 600,—	7	Hagelversicherung	„ 2 766,—
8.	Aufruhrversicherg.	„ 1 30[illegible],—	8	Aufruhrversicherung	„ 1 340,—
9.	Landw. Kamm. Beitr.	„ 207,50	9	Landw. Kamm. Beitr.	„ 253,—
10.	Viehversicherung	„ 100,—	10	Viehversicherung	„ 134,—
11	Kranken- u. Inval.-Kassenbeitrag	„ 1 302,50	11	Kranken- u. Inval.-Kassenbeitrag	„ 1 055,—
	Sa.	M 62 688,75		Sa.	M 56 765,—
	= M 626,89 für 1 Morgen			= M 567,65 für 1 Morgen	

Die Ausgaben sind dem Kassabuch einer 80 Morgen-Wirtschaft entnommen und auf 100 Morgen umgerechnet (Gemeinde Rosenfeld.)

Die Ausgaben sind dem Kassabuch einer 47 Morgen-Wirtschaft entnommen und auf 100 Morgen umgerechnet (Gemeinde Hohenthurm.)

Im Durchschnitt kommen auf 1 Morgen M 597,27.

Da die Ausgaben für Monat Dezember geschätzt werden mußten, ist auf M. 600 für den Morgen abgerundet.

Man höre nun, wie der Landbund den „Ertrag" einer Wirtschaft von 100 Morgen im Saalkreise berechnet. Für den Morgen wird folgender Ertrag mit folgendem Verkaufspreise pro Zentner angegeben: Zuckerrüben, 100 Zentner a 25 Mark, Futterrüben, 125 Zentner a 5 Mark, Weizen 11 Zentner a 160 Mark, Roggen 8,5 Zentner a 145 Mark, Gerste 9 Zentner a 180 Mark, Hafer 9 Zentner a 140 Mark, Kartoffeln 40 Zentner a 50 Mark, Klee 17 Zentner a 45 Mark, Luzerne 20 Zentner a 60 Mark, Erbsen 7 Zentner a 180 Mark. Eine feine „Ertrags"-Berechnung, wenn man damit vergleicht, was in diesem Jahre wirklich pro Morgen geerntet worden ist und was die Landwirte für den Zentner als Preise bekommen haben. Wenn dem Landbunde in der „Ertrags"-Berechnung der Zahlensinn verwirrt gewesen ist, so ist dies bei der Unkostenberechnung auch der Fall gewesen, aber nach der anderen Seite, d. h. man hat da den Mund nicht voll genug nehmen können. Vernimm also lieber Leser, daß so ein armer Landwirt an 100 Morgen 159 377 Mark Ertrag hatte und 128 500 Mark Unkosten, so daß ihm ein steuerbares Einkommen von rund 30 000 Mark verbleibt, das sind 300 Mark für den Morgen. Wenn man bedenkt, daß heute Ackerpachten von über 300 Mark für den Morgen gezahlt werden, dann muß man sich wundern, weshalb sich so ein Landbund-Musterbundwirt von 100 Morgen noch quält. Wenn er verpachtet und gar nichts tut, erzielt er doch aus seinem Besitze mehr Einkommen. Hoffentlich versteht das Finanzamt des Saalkreises, die ihm auf diese Weise frisierten „Gutachten" der Steuerausschuß-Mitglieder richtig zu würdigen. Um 33⅓ Proz. kann man das Einkommen getrost höher annehmen.

Provinz und Umgegend.

An die Leser der „Volksstimme".

Infolge einer Störung im technischen Betriebe unserer Zeitung war der Druck während der letzten Tage sehr undeutlich. Es sind jetzt Maßnahmen zur Durchführung gekommen, daß dieses außerordentlich störende Uebel beseitigt ist.

Von unseren Lesern erwarten wir noch weiter unermüdliche Werbearbeit zur Gewinnung neuer Abonnenten. Das ist schon im Hinblick auf die durch die fortschreitende Teuerung wachsende große Belastung unseres Verlags, die durch Abonnementspreissteigerung bei weitem nicht gedeckt wird, notwendig.

Die Schraube ohne Ende.

Die Kohlenpreiserhöhung, verbunden mit den allgemeinen Teuerungserscheinungen, der Valutaspekulation und all den anderen Erscheinungen der „herrlichen" kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung lassen die Teuerungswelle höher und höher schwellen. In der bgl. Presse bringt man jetzt eine Meldung über ganz außerordentliche Preiserhöhungen der Düngerstickstoffpreise durch das Stickstoffsyndikat. Man nennt das einen „harten Schlag" für die Landwirtschaft. In Wirklichkeit wird wieder die breite Masse der Konsumenten diesen Schlag auszuhalten haben und die Teuerungsschraube wird zu weiterer Höhe emporklimmen. Folgendes ist geplant: Ab 5 Dezember kostet schwefelsaures Ammoniak gewöhnl. Ware 25,80 M. (bisher 17,40 M.) das Kilogramm, schwefelsaures Ammoniak gedüngt und gemischt, 26,40 (bisher 18) M., Natronsalpeter 31,20 (bisher 24) M., Kalkstickstoff 23 (bisher 15,50) M.

Bedeutende Preissteigerungen sämtlicher wichtigen Lebensmittel werden dieser Erhöhung folgen. Weitere wirtschaftliche Kämpfe der Arbeitnehmerschaft um die Erhaltung des jetzt schon sowieso viel zu niedrigen Existenzminimums werden sich naturnotwendig ergeben. Arbeiter, Angestellte, Beamte seid gerüstet!

Die Proletarierkrankheit wächst unheimlich.

Auch eine Folge des Krieges ist die unheimliche Zunahme der Tuberkulose. Die Hungerjahre, die wir durchgemacht haben, wirken noch fort und leider ist bei der heutigen Teuerung und der noch immer nicht überwundenen Lebensmittelknappheit an eine völlig durchgreifende Bekämpfung dieser Nachwirkungen nicht zu denken. Die Maßregeln, die gegen die Tuberkulose ergriffen worden sind, zeitigten vor dem Kriege einen zwar langsamen, aber stetigen Rückgang dieser so heimtückischen Volkskrankheit. Im Jahre 1909 kamen in ganz Preußen auf je 1000 Todesfälle 15,59, die auf Tuberkulose zurückzuführen waren, im Jahre 1914 aber nur noch 13,87. Dagegen kamen im Jahre 1918 auf je 1000 Todesfälle 23,15 bei denen die Tuberkulose die Ursache war. Seit 1914, also in der kurzen Zeit von vier Jahren, hat sich die Zahl der Tuberkuloseopfer fast verdoppelt. Merkwürdig ist ferner, daß im Jahre 1914 mehr Männer als Frauen an Tuberkulose starben, während 1918 mehr Frauen als Männer daran zugrunde gegangen sind. Im Jahre 1914 starben in ganz Preußen an Tuberkulose 58 577 Personen, davon 30 218 Männer und 28 359 Frauen. 1918 aber starben 97 581 Personen an Tuberkulose, davon 47 278 Männer und 50 303 Frauen. Natürlich wiesen die Städte eine höhere Sterblichkeit auf, als das platte Land. Von den 97 581 Todesfällen des Jahres 1918 entfielen 57 709 auf die Städte und 39 872 auf das platte Land. Der Unterschied ist zwar sehr erheblich, aber doch nicht so groß, daß man von der Tuberkulose als von einer reinen Stadtkrankheit sprechen könnte. In einigen Regierungsbezirken ist sogar die Sterblichkeit auf dem Lande erheblich größer, als in den Städten, so in den Regierungsbezirken Gumbinnen, Osnabrück, Münster, Koblenz, Trier und Aachen. Nur in einem einzigen Bezirk in ganz Preußen ist ein kleiner Rückgang der Tuberkulose zu verzeichnen. Das ist Hohenzollern, wo die Tuberkulosesterblichkeit des Jahres 1918 etwas geringer ist als die des Jahres 1914.

Es starben:

Im Regierungsbezirk Merseburg im Jahre 1914 an Tuberkulose 1465 Personen, 1918 aber 2681, davon 1672 in den Städten und 1009 auf dem Lande.

Im Regierungsbezirk Magdeburg im Jahre 1914 an Tuberkulose 1704 Personen, 1918 aber 3165, davon 2060 in den Städten und 1105 auf dem Lande.

Im Regierungsbezirk Erfurt im Jahre 1914 an Tuberkulose 638 Personen, 1918 aber 1049, davon 729 in den Städten und 320 auf dem Lande. R. W.

Merseburg—Querfurt—Weißenfels—Zeitz.

Merseburg. Aus dem Stadtparlament. Die reichhaltige Tagesordnung, 18 Punkte (ohne Anfragen), hatte wiederum ganz erhebliche Nachbewilligungen zu verzeichnen, welche aber in Erkenntnis der absoluten Notwendigkeit bewilligt wurden. ja man noch über den Magistratsvorschlag auf Antrag des Genossen Voye hinausging. Für 1918 und 1919 wurde der Rechnung der Pfandleihanstalt einstimmig Entlastung erteilt. Für den Ausgabehaushalt des Elektrizitätswerkes wurden für 1920 16 879,34 Mk. und für 1921 121 000 Mark zugebilligt, wofür die Mehraufwendung durch erhöhte Strompreise gedeckt werden soll. Zur besseren Ausstattung der Grundschulklassen werden auf Vorschlag des Gen. Voye 4200 Mk. bewilligt. Der Bürgschaftsübernahme für von der Sparkasse Weißenfels zu gebende Hypotheken zwischen 60 und 75 Prozent des Schätzungswertes soll grundsätzlich durch den Sparkassenvorstand beschlossen und vom Magistrat beurkundet werden, ohne daß es besonderer Beschlußfassung im Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung bedürfe. Der Vertrag mit dem Inhaber des Plakatinstituts wurde auf 10 Jahre verlängert. Die anläßlich der letzten Hygiene-Ausstellung in der Turnhalle angebrachte provisorische Leitung für elektrische Beleuchtung soll in eine Daueranlage umgewandelt werden, wozu die Kosten von 2825 Mark bewilligt werden. Die allgemeine Teuerung hat es mit sich gebracht, daß die Verpflegungssätze im Städtischen Krankenhause ab 1. Dezember 1921 erhöht werden müssen, und zwar: A. für Einwohner der Stadt Merseburg in der Verpflegungsklasse 3 28 Mark, Verpflegungsklasse 2 32 Mark, Verpflegungsklasse 1 56 Mark; für Kinder unter 14 Jahren Kl. 3 20 Mark, Klasse 2 30 Mark, Klasse 1 40 Mark; für in der Anstalt geborene Kinder, solange sie von der Mutter selbst ernährt werden Kl. 3 5 Mark, Klasse 2 7.50 Mark, Klasse 1 10 Mark. B. für auswärtige Erwachsene in der Verpflegungsklasse 3 35 Mark, Kl. 2 52.50 Mark, Klasse 1 70 Mark; für Kinder unter 14 Jahren Kl. 3 25 Mark,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519211130-15/fragment/page=0006

Kl. 2 87.50 Mark, Klasse 1 50 Mark; für in der Anstalt geborene Kinder solange sie von der Mutter selbst genährt werden Kl. 3 6.25 Mark, Kl. 2 8.50 Mark, Klasse 1 12.50 Mark. Für Bestrahlung mittels **Höhensonne sind zu entrichten 1. Von Kranken der** 3. Kl. Angehörigen **der Krankenkasse** 12 Mark, 2. Von allen übrigen Kranken 16 Mark. Eine Anfrage des Stadtv. Daniel, ob zu den auswärtigen **Krankenkassenmitgliedern auch** die Arbeitnehmer vom Leunawerk, Geiseltal usw., welche ihren Wohnsitz in Merseburg haben, gezählt werden, wird vom Magistrat, dahingehend beantwortet, daß nicht der Wohnsitz des Patienten, sondern der Sitz der Krankenkasse maßgebend ist. Der Erhöhung wurde zugestimmt. Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der **neuen Erhöhung des Ortsklassentarifs der städtischen Arbeiter zu.** Diese beträgt ab 1. Oktober 1921 bei Facharbeitern auf durchschnittlich 2.05—2.70 Mark je Stunde (8.20 Mark), **bei angelernten** Arbeitern auf durchschnittlich 2.15 **Mark je Stunde (7.80 Mark)**, bei ungelernten Arbeitern auf durchschnittlich 2.55 Mark je Stunde (7.50 **Mark), bei Arbeiterinnen auf durchschnittlich bis** 2.40 Mark je Stunde (5.40 Mark). Arbeiter von 19—20 Jahren erhalten **20 bezw. 10 Pfg. weniger. Nicht voll leistungsfähige Arbeiter (ausschließlich** Militärinvaliden) werden nach Leistungen bezahlt. Daneben **wird an Verheiratete ein Hausstandsgeld von 50 Pfg. und** eine Kinderbeihilfe **von 20 Pfg. pro Std. gewährt.** Die Stadtverordnetenversammlung **genehmigte den Vergleichsvertrag zwischen der Stadtverwaltung Merseburg und der Mübag,** anläßlich **des Gemeinschaftsbahnhofes in der Hölle, wonach die Stadt im** Vergleichswege unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung, daß der **Betrag von 25 Mark pro Quadratmeter Straßenland zu hoch ist, die von der Mübag übernommenen Beträge für den Erwerb** des Straßenlandes 14 888 **Mark an dieselbe. Die Mübag** ihrerseits **gewährt der Stadt zu den Baukosten einen festen Zuschuß** von 50 000 **Mark. Stadtv. Gen. Krüger ersuchte, darauf hinzuweisen, daß die noch stehenden alten Scheunen weggerissen werden, welche tatsächlich nicht in das Neuerungsbild hineinpassen, allerdings ist die Forderung der Besitzer, der ehrbaren Bürger, welche mit dem Munde des Entgegenkommens für die Stadt zugeknöpfte Taschen zeigen, im Nehmen aber ihr Geldsäckel nicht weit genug aufkriegen (25 M. pro Quadratmeter stark übertrieben.** Der 2. Bürgermeister, Moselau, bestätigte die Ausführungen des Genossen **Krüger, wonach man mit den Besitzern der alten** Scheunen **in Fühlung getreten ist. Die ganze Frage scheiterte aber an der** Kostenfrage, da die **Besitzer eine nicht diskutierbare Steuer pro** Quadratmeter forderten. **Die Erhöhung** der Aerztegebühren für Leichenschau **wurde von 700 Mark auf 1400 Mark** rückwirkend ab 1. 10. 21 **genehmigt. Eine Anfrage des Stadtv. Richter (Komm.),** die zum Teil sehr **schlecht für den Anfragensteller ausfiel,** war die über die Tätigkeit der **Wohnungschaukommission** und über den **Wucher der Vermieter möblierter Zimmer. Stadtrat Bessert konnte mitteilen, daß die Wohnungsschaukommission trotz** großer Schwierigkeiten fruchtbringende Arbeit verrichtet hat. Auch ihm seien Fälle zu Ohren **gekommen, wonach für einfach** möblierte **Zimmer 150—200 Mark gefordert worden sind.** Diese Leute sind **sofort zu melden, damit** sie dem Wuchergericht übergeben werden. **Stadtv. Richter (Komm.)** stellt weiter eine Anfrage, weshalb der 1. **Bürgermeister** eine 14-Zimmer-Wohnung allein besitze. Der Magistrat, der Stadtv.-Vorsteher und der 1. Bürgermeister stellten **hierzu fest, daß der Anfrager** falsch **unterrichtet** sei. Laut Mietsvertrag **besitzt der Bürgermeister** mit 7 **Personen** eine 8-Zimmer-Wohnung mit 2 **Kammern. Ein Zimmer war abvermietet** und **soll weiter vermietet werden. Der Bürgermeister** selbst war Herrn Richter für diese **Anfrage zum Ergötzen der Versammlung** besonders **dankbar. Sonderbar hat es aber alle** die gestimmt, daß gerade **der Kommunist Richter** diese **Anfrage** stellte. **Hat denn Richter nicht davon gelesen oder gehört, daß der kinderlose kommunistische Stadtrat König** in **Weißenfels** für sich eine 7-Zimmer-**Wohnung beantragt hat?**

Merseburg. Tivolitheater. **Auf vielseitiges Verlangen** gelangt am **Donnerstag, den 1. Dezember,** abends ½8 Uhr, „Eine fromme Lüge“, **Volksstück** in 6 **Akten** von **Hedwig Courths-Mahler,** nochmals zur **Aufführung.** (Siehe Inserat.)

Querfurt. Billige Kartoffeln. Die Stadt gibt an wirkliche Bedürftige **Kartoffeln** zum **Preise von 25 Mark je Zentner ab.**

— Welches „Zeichen“? Die unabhängige „Volkszeitung“ schreibt: „Auch ein Zeichen der Zeit.“ In der letzten Sitzung der Stadtverordneten wurde gelegentlich der Beratung der neuen Lustbarkeitssteuer festgestellt, daß in Querfurt die Zahl der Vergnügungen ständig zunimmt und daß auch eine weitere Erhöhung der Lustbarkeitssteuer die Vergnügungssucht der Jugend eindämmen wird. — Wir wissen nicht, welche Jugend die „Volkszeitung“ hier meint. Die bürgerliche Presse, aus der die betr. Notiz herausgeschnitten worden ist, zielt dabei auf die proletarische Jugend. Wir glauben aber betonen zu müssen, daß die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Jugend, **Lehrlinge** jugendlichen Arbeiter usw., nicht gerade so rosig ist, daß man in einer derartig scharfmacherischen Weise gegen sie hetzen muß. — Aufgabe unseres neuen Ortsvereins der **Arbeiterjugend in Obhausen** muß es sein, auch in Querfurt das Jungproletariat in der **Organisation** der Arbeiterjugend zusammenzufassen.

Obhausen. Sie ködern immer weiter. Der sich „Arbeitersekretär“ nennende Angestellte der nationalistisch-monarchistischen Ausbeuterclique legte auch hier seine Leimruten aus. Trotzdem dieser Herr erst **vor einigen Tagen von der fast lückenlos in der S. P. D. organisierten Barnstädter Arbeiterschaft eine** gehörige Abfuhr bekommen hat, streift er schon wieder in unserer Gegend herum, um Dumme zu fangen. **Am Donnerstag hatte er** sich eine mit Großgrundbesitzern und deren **Lakaien** sehr reichhaltig ausstaffierte Versammlung in unserem Orte zurecht gebaut und ließ dort seine gegen die Sozialdemokratie gerichteten Tiraden vom Stapel. Der Fuchs geht **dabei mit der bekannten monarchistischen** Demagogenschläue zu Werke: „Nicht wahr, unter der Monarchie ging es dem Volke besser?“ — Diese Verdrehung der geschichtlichen Tatsachen zeigt, auf welcher geistigen „Höhe“ sich das „**Referat**“ des „Arbeitersekretärs“ bewegt. Der eben so durchsichtige **wie plumpe** Schwindel dieses nationalistischen Handlangers **wird mit dem nötigen** schwarz-weiß-roten Brimborium umgeben **den Landarbeitern vorgesetzt.** — Es ist bezeichnend, wie tief dieser **Herr** seine **Zuhörer** einschätzt. In einem Flugblatt, das in den Versammlungen **verbreitet** wird und sich **würdig an die Geistesprodukte des Herrn Voigtländer** anpaßt, wird nach dem üblichen **Geschimpfe behauptet,** daß die Franzosen 20 Millionen Deutsche **als zu viel auf der Erde** betrachten. Daß es **aber** ein deutschnationaler Professor **Gruber** in München gewesen ist, der einmal behauptet hat, es müßten erst 15 Millionen Deutsche **beseitigt werden, ehe die** anderen“ (so heißt er selbst und die „Nationalen“. D. Red.) **richtig** weiterleben könnten, steht nicht in dem **Flugblatt. Bezeichnend** an dieser ganzen Komödie ist, daß **der Herr „Arbeitersekretär“ sein Referat nur auf eine üble Hetze gegen die Sozialdemokratie und deren Führer aufbaut. Dieser** Fuchs **glaubt damit unter der bisher** kommunistisch **orientierten Arbeiterschaft noch Nachläufer** zu **finden. Er irrt sich dabei aber gewaltig, die Arbeiterschaft wacht jetzt auch in unserem Orte auf. Sie will nichts mehr von den Bolschewisten von** links **und noch weniger von denen von rechts wissen. Die Parole lautet jetzt: „Hinein in die Sozialdemokratische Partei. Schafft die proletarische Einheitsfront! Lest die „Volksstimme“ und werft die Kreisblätter aus dem Hause, die einen Voigtländer verherrlichen und damit glauben, die Arbeiterschaft irreführen zu können!“**

Obhausen. Wieder unter sozialistischem Banner. **Am Sonnabend wurde der hiesige Ortsverein der S. P. D. aus der Taufe gehoben. Schon lange vor Beginn der Veranstaltung strömten die Genossinnen und Genossen zum „Goldenen Anker“, der bis auf den letzten Platz gefüllt wurde. Punkt 7 Uhr begann das Fest mit dem Eröffnungsmarsch unserer Kapelle unter der meisterhaften Führung des Kapellmeisters R. Schunke. Genosse Bauer-Merseburg fand zu Herzen gehende Worte und zündete unter der Versammlung eine Freudigkeit für die Erringung** unserer sozialistischen Ziele an. Zwei Jugendgenossen der Arbeiterjugend verstanden es, ermahnende und anfeuernde Worte an die zahlreich versammelte Jugend unseres Ortes zu richten. Die Gründung eines lebensstarken Ortsvereins der Arbeiterjugend war der Erfolg ihrer Arbeit. Alter und Jugend Schulter an Schulter streiten jetzt in unserem Ort unter dem sturmerprobten Banner des Sozialismus.

Weißenfels. Oeffentliche Werkmeister- und Angestelltenversammlung! Die Gewerkschaften sind stets tatkräftige Mitarbeiter in allen Wirtschaftsfragen gewesen. Die neue Zeit rollt schwere, fast unlösbare Probleme auf. Sie mit zu lösen, dazu sind alle Arbeitsnehmer berufen. Aus diesem Gedanken heraus beruft der Deutsche Werkmeister-Verband, Sitz Düsseldorf, eine öffentliche Versammlung ein unter dem Stichwort: „Welche Aufgaben stehen uns bevor?“ Sie findet Freitag, nachmittags 7 Uhr, in Schumanns Garten statt. Zu der Versammlung steht nicht nur den Werkmeistern, sondern den Mitgliedern aller Organisationen der Zutritt frei.

Weißenfels. Selbstmord eines Knaben. Den Selbstmord eines Schulknaben folgert man aus der Auffindung der Leiche des kaum 12jährigen Knaben Otto Rothe auf dem hiesigen Bahnhofsgleis. Der Kopf war vom Rumpfe getrennt. Das Kind war **mittags mit Geld zu Einkäufen** in die Stadt geschickt worden.

Teuchern. Verkehrsverbesserung. Ein Omnibusverkehr **wird zwischen der Stadt** und dem abgelegenen Bahnhof eingerichtet. Die Fahrt wird 3 M. kosten. Für die Begriffe eines einfachen Mannes ist diese Fahrt ziemlich teuer. Es müßten Mittel und Wege gefunden werden, daß die Bevölkerung unseres Ortes in den Genuß verbesserter Verkehrseinrichtungen auch ohne diese bedeutenden Ausgaben kommen kann. Für eine Straßenbahnfahrt vom Bahnhof zu seiner Wohnung zahlt z. B. ein hallischer Bürger für dieselbe Strecke noch nicht einmal den dritten Teil. Auch in dieser Hinsicht muß den fast durchweg proletarischen Gemeinden unseres Bezirkes etwas mehr Entgegenkommen gezeigt werden.

Kretzschau. Dissidenten-Vereinigung. Nächsten Sonntag, den 4. Dezember, nachmittags 3 Uhr, findet bei Börner unsere Mitgliederversammlung statt. In dieser Versammlung wird ein Vortrag mit dem Thema: „Warum müssen wir Proletarier aus der Kirche ausscheiden und statt der kirchlichen Konfirmation proletarische Jugendweihen veranstalten?“ gehalten werden. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, in der Versammlung zu erscheinen. Gäste haben ebenfalls Zutritt.

Zeitz. Eine Schafherde überfahren. Bei einbrechender Nacht geriet zwischen Grana und Groitzschen eine Schafherde unter einen Eisenbahnzug, wobei zehn Schafe getötet wurden.

Naumburg—Eckartsberga.

Naumburg. Die Unwahrhaftigkeit kommunistischer Berichterstattung. Wir brachten kürzlich eine Meldung aus der kommunistischen Presse, wonach in Naumburg vierzig Gefangene in den Hungerstreik getreten seien. Wie uns jetzt gemeldet wird, beruhte diese Nachricht auf Unwahrheit. Die Arbeiterschaft mag sich aus dieser neuesten Lüge, zu der sich wohl jeder Kommentar erübrigt, ein Bild darüber machen, wie wenig ernst auch in Zukunft alles, was von dieser Seite kommt, zu nehmen ist.

Mansfelder Kreise—Sangerhausen.

Eisleben. Hamsterzuckerbeschlagnahmt. 7½ Zentner Zucker, von auswärtigen Aufkäufern zusammengehamstert, beschlagnahmte die Polizei hier vor dem Abtransport.

Stolberg. Auch ein Proletarierlos. In einem Tannengebüsch des Forstes Altes Amt fand man hier vor kurzem **einen unbekannten reisenden Arbeiter auf, der seinen Tod durch Erfrieren gefunden hat.**

Sangerhausen. Die Schule als Tummelplatz nationalistischen Hindenburgrummels. Es gebt doch nichts über die Unverfrorenheit deutschnationaler Machenschaften. Wie kann es auch anders sein! Seitdem das Proletariat sich selbst zerfleischt und hinter dem kommunistischen Putschwahn in Mitteldeutschland herläuft, blüht der deutschnationale Weizen, und so benutzen diese Herrschaften von rechts jede Gelegenheit, für ihr Zwecke Propaganda und alles Mögliche für sich dienstbar zu machen. Diesmal ist es wieder die Schule, die herhalten muß, um den deutschnationalen Karren vorwärts zu schieben. Haben da einige deutschnationale Jünglinge in Hannover, natürlich Söhne der oberen Zehntausend, und Gymnasiasten ein Rundschreiben losgelassen, worin zu einer Hindenburgehrung und zur Erledigung noch einiger anderen Schülersorgen von sämtlichen Schulen Deutschlands einige Vertreter zu Anfang Dezember nach Hannover eingeladen werden. Welche Fragen dies sind, wird in dem Schreiben nicht gesagt, aber der unbefangene Beobachter kann dies leicht erraten: Vorspann der Jugend an den deutschnationalen Parteiwagen. Was das Schreiben für uns noch bedeutungsvoll macht, ist, daß es an die Kreisschulräte verschickt wird, die es an die Schulen weitergeben sollen. Unverfroren sind sie und skrupellos in der Auswahl ihrer Wege, diese deutschnationalen Jungherren, gerade wie die Alten. Wie nicht anders zu erwarten war, haben auch die Lehrkörper des hiesigen Gymnasiums und der Gehobenen Schulen die Schülervertreter nach Hannover bestimmt und die Angelegenheit dadurch zu einer Schulsache gemacht. Wir fragen aber: Was würden die Herren Kreisschulräte und die sehr geehrten Lehrerkollegien tun, wenn die sozialistische Jugend, um, sagen wir einmal, zur Ehrung des Reichspräsidenten ein Gleiches verlangen würde? Könnten die Jungsozialisten auf gleiche Unterstützung rechnen? Um gefällige Antwort wird gebeten.

Bitterfeld—Delitzsch.

Gräfenhainichen. Das Wunder des Schneeschuhs. Dem Leiter des hiesigen Lichtspieltheaters ist es gelungen, für Donnerstag und Freitag den Riesen-Natur-Sportfilm „Das Wunder des Schneeschuhs“ zu bekommen. Kein Sportsmann, Natur- und Kunstfreund sollte versäumen, diese Vorstellung zu besuchen. Den Kindern ist am Freitag nachmittag Gelegenheit gegeben, dieses größte Ereignis der Gegenwart zu besichtigen. Sämtliche Tageszeitungen, an deren Erscheinungsort, der Film gegeben wurde, sind des Lobes voll. Der „Vorwärts“ schreibt u. a.: „Besonders spannend wirkt die schwierige, häufig auch gefahrvolle Bewältigung der Bergriesen der Alpen. Durch schaurig öde Gebirgstäler, über Gletscherspalten bahnen sich die kühnen Bergsteiger den Weg bis zum Jungfraumassiv. Ebenso interessant ist der Abstieg von diesen majestätischen Höhen bis zur Baumgrenze durch die in ihrem Schneekleide märchenhaften Tannen- und Laubwälder. Die Bilder waren von so überwältigender Pracht, daß man wünschen möchte, daß dieser Film die Augen der vielen Tausenden, die die Alpenwelt nie gesehen, erfreuen, wie dies in vielen Städten bereits der Fall ist.“ Da überdies der Ueberschuß zu Wohltätigkeitszwecken bestimmt ist, versäume niemand die Gelegenheit, diesen Fünfakter, von hinreichender Dramatik des Wagemuts, mit seinen wundervollen landschaftlichen Schönheiten, sich anzusehen.

Sandersdorf. Tödlich verletzt wurde im Abraumbetriebe des Braunkohlenbergwerks „Luise“ der 21jährige Baggermeister Karl Block. Bald nach seiner Einlieferung in das Hallesche Krankenhaus verstarb er.

Wittenberg.

Wittenberg. Werbetag der Arbeiterjugend. Der Jugendwerbetag in Wittenberg kann als ein voller Erfolg gebucht werden. Die provisorische Jugendleitung hat sich, das muß voll anerkannt werden, der gestellten Aufgabe in jeder Hinsicht gewachsen gezeigt. **Das war ein Tag, wie ihn die Wittenberger Arbeiterjugend noch nicht gesehen hat. Und wer die freudestrahlenden Gesichter bei jung und alt gesehen, der weiß, hier ist etwas** Bleibendes geschaffen **worden. Nur schwer konnte** man sich trennen. **Gegen 2 Uhr trafen unsere Dessauer und Gräfenhainicher Freunde ein und zogen geschlossen, voran das rote Banner, zum** Festlokal. Schon hiermachte sich die **Disziplin und das Aufrechte** „Wir wissen was wir wollen“ **bemerkbar. Kraftvoll ertönte die** Internationale, vorbei an dem jetzt **blutige Tränen weinenden** Hakenkreuzhaus. Unter **Führung hiesiger Genossen wurde** die Stadt besichtigt und dabei nicht versäumt, **den staunenden Wittenbergern auf dem Marktplatz einige Volkstänze zu zeigen. Ein** kleiner Zwischenfall, der aber kennzeichnend ist, **darf nicht unerwähnt** bleiben. Unsere **auswärtigen Freunde besichtigten auch aus** historischem Interesse die **bekannte Wittenberger Schloßkirche, an** deren Tür Luther seinerzeit **die Thesen anschlug. Hierbei wurde** den Genossen von vorbeigehenden **Kommunisten zugerufen:** „Die Spieljugend wird heilig!“ Jedes **weitere Wort hierzu erübrigt** sich wohl. — **Um 4 Uhr eröffnete Gen. Zahn den Jugendabend** und begrüßte die Erschienenen. **In bunter Reihe lösten sich** die Vorführungen unserer **Freunde aus Dessau und Gräfenhainichen** ab. Erstaunlich war die Fülle und Abwechslung der Darbietungen beider Gruppen. Gräfenhainichen **brachte** geschickt und mit Verständnis das Singspiel „Spielmanns Schuld“ zur Aufführung. Nicht unerwähnt dürfen **die Geigensolis des Gen.** Tiedt bleiben. Reicher und aufrichtiger Beifall **lohnte alle.** Leider mußten die Gräfenhainicher schon um 7 **Uhr wieder zur Bahn.** — Nun zu den Dessauern. **Hier fällt es außerordentlich** schwer, einzelne Teile **herauszugreifen. Lob und Anerkennung verdienten** und bekamen alle. Unermüdlich und stets etwas anderes bringend, waren sie bemüht, und dies mit **großem Erfolg. — Nun, Wittenberger** Genossinnen und Genossen, liegt es bei euch, das Errungene zu erhalten und auszubauen. **Keiner ist zu schade,** an diesem Werk mitzuarbeiten. **Wir hoffen, daß die** Beteiligung in Zukunft von **jung und alt eine regere und vor allem zahlreichere** sein wird.

Torgau—Liebenwerda—Schweinitz.

Falkenberg. Und immer wieder vergebliche Müh! Am Sonntag sollte hier **eine große öffentliche** Versammlung stattfinden. Als Referent war eine „Kanone“, der kommunistische Reichstagsabgeordnete Kön**en**, angesagt. Als Einberufer zeichnete der **kommunistische Parteisekretär** Schmidt. Könen war pünktlich anwesend; auch **Schmidt.** Doch es fehlten die Versammlungsteilnehmer. **Während bei den letzten** Versammlungen immer noch ein **knappes Dutzend Kommunisten** zusammenkamen, waren es diesmal nicht **ein halbes Dutzend Leute.** Als unsere Genossen das Versammlungslokal **verlassen hatten, blieben** noch — vier übrig. Wann werden die Kommunisten endlich begreifen, daß für sie in **Falkenberg nichts zu holen ist?** Die Falkenberger Arbeiterschaft **will von dieser sauberen Gesellschaft** nichts wissen. Sagte **doch selbst der Einberufer dieser** Versammlung in seinem **Bericht an die Zentrale von dem Märzputsch** zum Schluß: „Durch diese Vorgänge **(gemeint ist der Märzputsch und** seine Spuren) **haben wir gesehen, daß wir nach allen Regeln der** Kunst belogen worden sind; **politisch und militärisch. Ueber die** militärische Sache **habe ich mich mit Absicht nicht geäußert.“** — Und da verlangt Schmidt, **daß die Arbeiter und Beamten von** Falkenberg einer **Partei nachrennen, die nach** seinem **eigenen** Urteil die Arbeiter **nach allen Regeln der Kunst** belügt und **durch** ihre Lügen Tausende von **Klassengenossen** in die Zuchthäuser gebracht hat. Ein ehrlicher **klassenbewußter** Arbeiter hat für so etwas nur **Verachtung übrig und meidet diese Gesellschaft. Schmidt** aber mag es mit sich selbst **ausmachen, wenn er Leuten nachrennt,** die ihn **nach allen Regeln der Kunst belogen haben, bei den Falkenberger** Arbeitern **und Beamten wird er kein Glück haben.**

Osterwieck. Ein Familiendrama. **Der** mit seiner Frau im Ehescheidungsprozeß **liegende Tischler E. Zeh** erhielt, als er von der Arbeit heimkam, von seinem **schwerkrank das** Bett hütenden Schwiegervater zwei Schrotschüsse ins **Gesicht. Eines der** Augen lief aus. Der Schwerverwundete, der in letzter Zeit Reibereien mit **seinem** Schwiegervater **gehabt hatte,** liegt in bedenklichem Zustande im Krankenhause.

Wittenberge. Vereitelte Butterschiebung. Einer großen Butterschiebung kam man auf dem **Bahnhof** Kerstädt auf die Spur. Dort wurden für 320 000 **Mark Butter** in einem angeblich leeren **Bahnwagen** beschlagnahmt. **Ein Frachtbrief fehlt,** so daß der Absender der **80 Zentner Butter nicht zu ermitteln ist.** Es ist doch unerhört, in welcher **Art und Weise das Wucherpack** das ausgesogene deutsche **Volk ausbeutet. Und da gibt es immer noch** Leute, die selbst hungern **und dem Kampf der sozialistischen** Bewegung gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem **feindlich** gegenüber stehen!

Aus aller Welt.

Todesstrafe gegen Landru beantragt. Im Prozeß gegen den vielfachen Frauenmörder Landru in Paris beantragte der Staatsanwalt Bejahung aller Schuldfragen und Todesstrafe.

Die Gefahren der Munitionsarbeiter. In der Munitionszerlegungsanstalt Kelsterbach bei Höchst a. M. wurden durch Explosion einer Granate ein Mann getötet, **vier schwer und zwei** leichter verletzt.

Opfer des Nebels. In Dölitz bei Stettin rannte im Nebel ein Personenzug auf einen Güterzug. Der Bahnpostwagen verbrannte. Zwei Bahnpostbeamte **wurden schwer, zwei leichter verletzt.**

Drei Arbeiter in Stücke gerissen. Auf dem Exerzierplatz Karschau explodierte auf der Munitionszerlegungsstation eine Kiste mit Sprengkapseln. Es wurden **drei Arbeiter in Stücke** gerissen.

Millionenschaden durch Funkenflug. In Plauen brannte wahrscheinlich infolge Funkenfluges ein Güterwagen voll Rohbaumwolle aus. Der Inhalt wurde fast **ganz vernichtet.** Der Schaden beträgt eine Million Mark.

Literatur.

Sozialdemokratischer Abreißkalender. Die Ausgabe für 1922 ist soeben erschienen; **sie gibt sich in einem besonders ansprechenden Gewande und hat auch „innerlich“ insofern eine famose Bereicherung erfahren, als sie zum erstenmal Bildbeilagen bringt. Hinter jedem Textbogen finden wir das in Kupfertiefdruck reproduzierte Porträt eines Arbeiterführers, so daß der Kalender im ganzen 24 Bildnisse verstorbener Sozialisten, die zum größten Teil an der Wiege der deutschen Arbeiterbewegung gestanden haben, bietet. Jedem Bilde geht ein Text voraus, der das Wichtigste aus dem Leben der betr. Persönlichkeit berichtet. Im übrigen präsentiert sich der Kalender in gewohnter Reichhaltigkeit: wir finden da geschichtliche Daten bis in die neueste Zeit hinein, astronomische und andere statistische Notizen, authentische Angaben über Stand und Entwicklung der Gewerkschaften und andere Arbeiterorganisationen — und eine Fülle von Zitaten aus dichterischen, volkswirtschaftlichen und historischen Werken. — Bestellungen sind an die „Vorwärts“-Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, zu richten. Der Preis des Kalenders beträgt 12 Mark.**

Wetterbericht

Donnerstag: Teils heiter, teils stark neblig, trocken, starker Frost.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519211130-15/fragment/page=0007

Jugend.

„Sittliche Unterweisung."

Kürzlich war ich im Christlichen Verein junger Männer. Viel hatte ich in diesen Kreisen nie gesucht, und so glaubte ich vor jeder Enttäuschung bewahrt zu bleiben. Weit gefehlt! Was ich dort sah, das ging über meine Vorstellungen, das ließ Zorn und Verachtung in mir auflodern.

An einer langen Tafel sitzen junge Männer, schlürfen Tee und unterhalten sich im Flüsterton. Da und dort blättert einer in einem Buch, sonst aber drückende Ruhe. Ein seltsames Empfinden überkommt mich. Ich fühle es: hier bist du ein fremder Vogel, hier könnte deines Bleibens nie und nimmer sein. Unwillkürlich stelle ich Vergleiche mit dem buntbewegten Bild unserer Arbeiterjugendheime an. Doch da kommt schon der Leiter des Vereins auf mich zu. Süßliche Begegnung. Auf meine Frage, was da werden solle, erklärt er mir, um ½8 Uhr finde sittliche Unterweisung statt. Das mußt du miterleben, denke ich, und versuche mit dem Leiter des Vereins einstweilen eine Unterhaltung anzuknüpfen. Das Steuer des Gesprächs liegt fest in meiner Hand, und bald sind wir dort angelangt, wo ich hinzukommen wünschte. „Warum diese strenge Trennung der Geschlechter?" Antwort: „Wir lehnen die gemeinsame Erziehung ab, unsere Jugendbe—we—wegung (!) steht auf dem Standpunkt, daß bei gemeinsamer Erziehung die Bildung der Charaktere schweren Schaden erleiden muß." — Es ist ½8 Uhr. „Laßt uns beten!" Man erhebt sich von den Plätzen, kraucht in sich zusammen und hört mit den geistlosesten Gesichtern dem Vorbeter zu. Wessen Feder ist wohl imstande, dieses Bild zu schildern? Mich schüttelt's. Ich habe genug von der sittlichen Unterweisung. Ich danke für diese Charakterbildung! — —

Im Arbeiterjugendheim.

Jesses, ist das wieder mal ein Leben! Mädels mit blonden Zöpfen und freudestrahlenden Gesichtern — Jungs, feurig, temperamentvoll im Meinungsstreit. Mir lacht das Herz im Leibe. Diese Jugend läßt den Glauben an eine schönere Zukunft in seiner ganzen Größe auferstehen. —

Die Glocke des Vorsitzenden ertönt. Jeder fügt sich gern der selbstgewählten Ordnung. Ein Lied klingt durch den Raum, klar und hell, wie Jugend singt.

Einer Woche Hammerschlag,
Einer Woche Häuserquadern
Zittert noch in unsern Adern;
Aber keiner wagt zu hadern,
Herrlich lacht der Sonnentag.

Ein bekannter Lehrer hält einen Vortrag. Er versteht es, die jungen Herzen zu packen, und begeisterte Heilrufe erschallen, als er geendet. Nun setzt die Diskussion ein. Das ist ein Fragen, ein Erörtern, ein freudiger, fröhlicher Geisteskampf! Seht nur, wie jeder versucht, seinen Worten Ausdruck zu verleihen, wie die Mädels die Dinge von ihrem Standpunkt betrachtet wissen wollen. Fern ist dieser Jugend alles Muckertum, fern der Straße Flachheit. Burschen und Mädels als Brüder und Schwestern. Geht mir mit euren schönen Worten von der Nächstenliebe, ihr christlichen Jungmänner und Jungfrauen! Hier herrscht die Tat. Hier ist Sonne, Wahrheit und Leben. Frei Heil!

Walter Spengler.

Die Götter sterben — aber der Gott im Menschen, der sich auflehnt gegen das Häßliche, Verderbliche, Gemeine, der stirbt nicht.

Sport und Körperpflege.

Der Arbeiter-Turn- und Sportbund.

Ueber 5000 Vereine zählt der Arbeiter-Turn- und Sportbund gegenwärtig. Erst neulich konnte er berichten, daß die halbe Million Mitglieder überschritten sei. Der Bund befindet sich in stetiger Aufwärtsentwicklung, die bisher ein Nachlassen nicht erkennen läßt. Der Umsatz seines Warenhauses übersteigt im laufenden Jahre 7 000 000 Mark. Der 5. Kreis Groß-Thüringen vom Arbeiter-Turn- und Sportbund kommt mit 30 000 Mitgliedern an zweiter Stelle neben dem 4. Kreis Freistaat Sachsen mit 80 000 Mitgliedern. Die durch Urabstimmung beschlossene Verschmelzung des Arbeiter-Wassersportverbandes mit dem Arbeiter-Turn- und Sportbund tritt am 1. Januar 1922 in Kraft. Hierdurch steigt die Gesamtmitgliederzahl auf rund 600 000 an. Es liegt an den Arbeitersportlern, allerorts weiter zu arbeiten und unaufhaltsam tätig zu sein, bis die volle Million erreicht ist und auch endlich der Tag kommen wird, wo jeder klassenbewußte Arbeiter nur in den Arbeitersportverbänden seinen Körper kräftigt für das Proletariat — für den Sozialismus.

Der Reichsarbeitersporttag

ist von der Zentralkommission für Sport und Körperpflege auf den 18. Juni, den zweiten Sonntag nach Pfingsten, festgesetzt worden. Von den Kartellen und Vereinen müssen die Vorarbeiten Anfang 1922 in Angriff genommen werden. Für Turner, Sportler und Schwimmer bietet das Programm des Bundesfestes in Leipzig die Unterlage bei Ausbau der Veranstaltung.

Ergebnis der Serienspiele im 5. Kreis, 4. Bezirk.

Verein	Spiele	gew.	unentschieden	verloren	+	—
T.-V. Glashütte	7	6	—	1	12	2
Fr. T. Jena	7	6	—	1	12	2
F.-C. Wacker Jena	7	4	—	3	8	6
Vorwärts Eisenberg	7	4	—	3	8	6
Fr. T. Naumburg	7	3	2	2	8	6
Sp. F. Naumburg	7	2	—	5	4	10
Fr. T. Weimar	7	1	2	4	4	10
Union Weißenfels	7	0	—	7	0	14

Wirtschaftliches.

Von der Börse. Gestern zeigte sich an der Berliner Börse wieder eine etwas festere Tendenz für Devisen. Es notierten amtlich: Kabel New York 276,75. London 1100. Holland 9850. Der Börsenvorstand hat heute beschlossen, daß in den nächsten beiden Wochen an je 3 Tagen Vollbörsen stattfinden sollen. Die Aussichten des Effektenverkehrs werden in Börsenkreisen günstig beurteilt. Man nimmt an, daß die augenblickliche Geldknappheit im Laufe des nächsten Monats behoben sein wird. Für die Zeit nach Neujahr rechnet man sogar mit einer sehr großen Flüssigkeit des Geldmarktes.

Amtliche Bekanntmachungen für Eisleben.

Gutscheine für verbilligte Milch werden an die bisherigen Gutscheininhaber für die Zeit vom 28. November bis 25. Dezember 1921 im Wirtschaftsamt, Zimmer 3, ausgegeben, und zwar: Mittwoch, den 30. November für Kunden der Milchverkaufsstellen 1, 9 und 11; Donnerstag, den 1. Dezember für Kunden der Milchverkaufsstellen 2 und 7; Freitag, den 2. Dezember für Kunden der Milchverkaufsstellen 3, 5 und 10; Sonnabend, den 3. Dezember für Kunden der Milchverkaufsstellen 4, 6 und 8.

Der Magistrat.

Krankenmehl wird von morgen — Dienstag ab — in den Bäckereien Oertel, Kreisfeldergasse und Burgwitz, Katharienstraße, verkauft.

Eisleben, den 28. November 1921.

Der Magistrat.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Paul Täumel, für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig, beide in Halle.

Ata
Henkel's Scheuerpulver
putzt reinigt Alles!

Ata eignet sich für alle Küchengeräte besonders auch für Öfen, Badewannen, Klosetts, Marmor, Steinböden.
Hersteller: Henkel & Cie. Düsseldorf.
Preis per Paket Mk. 1.50

Zur Aufklärung!!

Die Margarinepreise werden von einer Kommission der Fabrikanten, welche im Margarineverband zusammengeschlossen sind, festgesetzt.

Diese Kommission legt dem Reichsernährungs-Ministerium die jeweilig festgelegten Preise und die zu Grunde gelegte Kalkulation vor.

Das Reichsernährungs-Ministerium konnte gegen die von der Kommission vorgelegten Preise keine Einwendungen erheben.

Die Zeitungen erhielten vom Margarineverband ein Rundschreiben in welchem die Grundsätze der Preisbildung für die Margarine klargelegt wurden, doch kommen immer noch andauernd irreführende Mitteilungen.

Trotz aller Aufklärungen und trotz der genehmigten Preise beschlagnahmte die Berliner Polizei am 1. November bei unserer Berliner Niederlage einen größeren Posten Margarine wegen angeblich übermäßiger Preisforderung, **gab aber den Verkauf derselben Margarine zu den von ihr beanstandeten Preisen** nach drei Stunden wieder frei.

Das Berliner Gericht hat trotzdem die Beschlagnahme vorläufig bestätigt, **ohne uns vorher zu hören.** Die endgültige Entscheidung muß erst noch erfolgen.

Im Anschluß an diese Schilderung erklären wir:

Wir haben stets, und auch am 1 November in Berlin, wie fast alle Fabrikanten, nur die von der gemeinsam gewählten Kommission festgelegten Preise gefordert.

Wir haben niemals Ware zurückgehalten, um höhere Preise zu erzielen. Unsere Fabrik arbeitet seit Monaten, nur durch Sonntage unterbrochen, Tag und Nacht um die große Nachfrage nach unseren Marken zu befriedigen. Unsere Berliner Niederlage braucht allein wöchentlich 2500 bis 3000 Zentner Margarine. Die beschlagnahmt gewesene Menge von 1800 Zentner war demnach höchstens für den Verkauf von vier Tagen ausreichend.

Bahrenfelder Margarine-Werke
A. L. MOHR, G. m. b. H.

Platin Gold, Silberbruch und Brillanten kauft z. höchst. Preisen **Rich. Voss,** Juweller Leipzigerstr. 1.

Vermischtes

„Union"
Färberei u. chem. Reinigung
Annahmestelle: Bernburger Straße 22

Leder-Ausschnitt, sehr vorteilhaft.
Bedarfsartikel, Schäfte, Gummiabsätze.
Wilh. Kranig Lederhandlung, Neue Promenade 15.

Gebrauchtes Speisezimmer (Eiche)
Großes dreiteil. Büffet, Ausziehtisch, Standuhr Lederstühle, Sofa m. Umbau.
Leder-Klubsessel, Schlafzimmer, Satin, Nußb.
Große Kücheneinricht., lackiert, alles gut erhalten verkauft billig
Friedrich Peileke, Geiststraße 25.

Solange der Vorrat reicht:
Haselnüsse Pfd. 16 Walnüsse Pfd. 19
Mandeln bittere süße Kokosnuß geraspelt
Mohn Pfd. 9⁵⁰ Gries Pfd. 4⁵⁰
Zitronat, Orangat, Backöle
Rosinen ¼ Pfd. 7²⁵ Sultaninen ¼ Pfd. 9⁵⁰
Korinthen ¼ Pfd. 4⁹⁰ Vanille-Stangen Stck. 3—
Kaffee frisch gebrannt ¼ Pfd. 1.50 9⁵⁰
Schokoladen, Kakao, (Most, Sarotti)
Nudeln Pfd. 7⁸⁰ Mischobst Pfd. 7⁵⁰
Speck ger. 28— Kunstspeisefett 29⁷⁵
Tilsit. Käse ¼ Pfd. 4⁹⁰ Limburg. ¼ Pfd. 3⁵⁰
Molkereibutter täglich frisch ½ Pfund 22⁵⁰
Margarine 27.90 26⁹⁰
Halberstädter Würstchen
Steinpilze
Wilhelm Blos
Untere Leipzigerstr. 5

Vorm. Geh. Med.-Rat Dr. Schroeders
Heilinstitut für Haut- und Geschlechts-Leiden
Halle a. S. Gr. Ulrichstr. 54, I. r. Tel. 6497
Sprechstunden des Spezialarztes: Wochentags 9—1, 3½—6 , außer Mittwochs, Sonntags 10—1. Getrennte Warteräume.

Grammophone Schallplatten Reparaturen
Julius Kegel
Steinweg 53, I. Etage Kein Laden.

Stellen finden.

Dreher
auf Armaturen eingearbeitet für dauernde Beschäftigung stellt ein
C. A. Callm.

Arbeiter für Butterfabrik
in der Nähe Eislebens sofort gesucht. Unterkunft vorhanden. Arbeitsamt Eisleben.

LEHRLINGE
sucht Buchdruckerei **Paul Schwarz,** kl. Ulrichstraße 7

Ein- und Verkauf von getr. Garderoben u. w.
G. Lukas, Merseburg, Sand 1.

Bei Einkäufen bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich auf die Inserate in der Volksstimme zu beziehen.

Brieftaschen
in prima Leder preiswert u. gut nur bei
Hugo Krasemann
Lederwaren-Spezial-Geschäft
nur Schmeerstr. 19.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519211130-15/fragment/page=0008